

Thatsächlich muß ich noch den Genossen Liesländer berichtigen. Er sprach von großen Summen, welche das „Berliner Volksblatt“ für den Drucker Profit abwirft, er nannte 100 000 Mark. Das ist nicht wahr. Das Blatt hat schon immer der Partei recht gute Dienste gethan, seitdem es Ueberschüsse hat. Aber bis zur Einführung der Rotationsmaschine hat es nur ca. 10 000 Abonnenten gehabt; von diesen war die Gesamtentnahme ca. 110 000 Mark, dazu 20 000 Mark an Annoncen, macht 130 000 Mark. Daß man dabei nicht 100 000 Mark Profit machen kann, liegt auf der Hand. Uebrigens möge sich Herr Liesländer beruhigen; seit soll bei uns kein Buchdrucker werden. In Bezug auf seinen Vorschlag auf Gründung einer Genossenschaftsdruckerei will ich bemerken: Die alten Genossen, die bei unseren Genossenschaftsdruckereien ihre Erfahrungen gemacht haben, werden ein wenig Respekt vor der Gründung einer neuen besitzen. Wenn es am Plage ist, gründen wir wieder eine, aber so pressirt's nicht; ich habe auch noch immer Antheilscheine, welche nicht bezahlt sind. (Heiterkeit.)

Bezüglich der Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Presse haben mich Wollmar und Kessler mißverstanden, wenn sie ausführen, nach meiner Darlegung solle schon ein einziger Artikel oppositioneller Natur genügen, diese Bestimmung in Kraft zu setzen. Ich habe sagen wollen: Es kann sehr wohl Blätter geben, die sich sogar radikaler aufspielen als unsere übrige Presse, und von denen wir alle trotzdem überzeugt sind, daß die Art und Weise, wie solche Organe wirken, der Partei schadet, und daß dieses radikale Gebahren von einer Seite und aus Gründen betrieben wird, vor denen wir alle Urfsache haben, uns zu bewahren. Ich könnte Beispiele davon geben sowohl vor als unter dem Sozialistengesetz. Hier müssen wir vorgehen. Und so schlimm ist es doch mit meinem Despotismus auch nicht; ich verlange nicht im geringsten, der Parteivorstand solle den Censur spielen über die Presse; das ist einfach ausgeschlossen, wir würden dann ein halbes Duzend Censoren brauchen. Aber erinnern Sie sich z. B. an die „Roths Fahne“ Hasselmann's. Ist sie denn nicht zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, um den Mittelpunkt abzugeben für die Bestrebungen, die kaum geeinte Partei wieder zu spalten, auseinanderzureißen? (Zwischenrufe: Volksfreund!) Ähnlich lag es mit dem „Volksfreund“, der viel radikaler war als das „Volksblatt“, und doch hat man davor gewarnt. Sie wissen, warum; man hat den Stöcker dahinter gewußt. — So war meine Aeußerung zu verstehen: Es muß ein Organ da sein, ob der Vorstand oder eine spezielle Kommission ist Nebensache, das in solchem Fall erklärt, die Partei hat mit dem Blatt nichts zu thun. Zu solchen Pressorganen sind häufig Mittel da, die nicht von den Parteigenossen gegeben werden; wir können das Fortbestehen solcher Blätter nicht hindern, darum müssen wir uns auf andere Weise schützen.

H

Damit bin ich fertig und will nur wünschen, daß die 25er-Kommission einen Entwurf ausarbeitet, der Allen so gut und praktisch vorkommt, daß er en bloc angenommen wird. (Beifall.)

Liesländer stellt richtig, daß er nicht gesagt habe, der Drucker des „Berliner Volksblatt“ verdiene 100 000 Mark, sondern er habe alle Blätter gemeint, die als Parteiorgane in Berlin anzusehen sind, und zwar nach ihrer geschäftlichen Gestaltung in der Zukunft; auch habe er die Broschüren mit darunter verstanden, mit denen in Zukunft ein viel umfangreicheres Geschäft gemacht werden würde.

Der Organisationsentwurf mit sämmtlichen Anträgen geht an die 25er-Kommission, die sich sofort im Gartenfaal konstituieren wird.

Vorsitzender Diez: Es ist eine Anfrage an das Bureau gelangt, folgenden Inhalts: Im Nebensaale find ein Berliner Regierungsrath und ein Regierungspräsident aus der Provinz Sachsen eingetroffen; ob sich da nicht etwas machen ließe? (Heiterkeit.) — Im Gegentheil, die Herren sind uns sehr willkommen und mögen uns aufmerksam zuhören und recht viel zu ihrem Nutzen von hier mit fortnehmen! (Heiterkeit und Beifall.)

Da Punkt 5 der Tagesordnung: „Nornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation“ einstweilen zurückgestellt werden muß, wendet sich der Parteitag zu Punkt 6:

### Das Programm der Partei.

Berichterstatter Liebknecht: Genossen! Ich habe hier keine Programmrede zu halten, sondern nur über das Programm der Partei zu reden und darüber, ob und inwieweit Abänderungen an demselben vorgenommen werden müssen. Unser Programm datirt vom Jahre 1875, vom „Einigungskongreß“ her und ist ein Kompromißprogramm, wie man es mit Recht genannt hat. Das Wort „Kompromiß“ soll hier beiläufig kein Tadel sein. Schon vor fast 20 Jahren schrieb ich: Alle historischen Vorgänge sind Ergebnisse von Kompromissen. Natürlich ist das Wort Kompromiß da in einem anderen Sinne gebraucht, als es jetzt meist geschieht, im Sinne des charakterlosen Aufgebens von Prinzipien. Der Satz hat insofern Geltung, als eine neue Weltanschauung sich niemals sofort fix und fertig verkörpern kann, sondern die alte und die neue eine Zeit lang nebeneinander bestehen, bis die neue die alte vollständig überwunden hat. Unser jetziges Programm war thatsächlich ein Kompromiß zwischen dem Programm der auf dem Boden der internationalen Arbeiterassoziationen stehenden „Eisenacher“, und dem des nationalen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Den Mitgliedern des letzteren zu Liebe wurde bekanntlich z. B. der Lassalle'sche Vorschlag von den Produktivassoziationen aufgenommen. Dafür erklären die Lassalleaner ihre Zustimmung zu den demokratischen Forderungen

H

und der internationalen Grundlage unseres Programms. Ich selbst hatte damals die Ehre, die Programmrede zu halten, und damals, wenigstens der Absicht nach, eine wirkliche, da es galt, ein neues Programm zu schaffen, und damals schon betonte ich die Unvollkommenheit des Programms und zeigte, daß es keineswegs ein endgültiges sein könne, daß es aber ein Produkt der Verhältnisse und eine Notwendigkeit sei, daß wir überhaupt niemals ein vollkommenes und endgültiges Programm schaffen können, da die Wissenschaft stets voranschreitet — und daß die Partei sich demnach auch nicht einen papierenen Pappi in Gestalt eines unfehlbaren Programms schaffen dürfe.

Raum war das Einigungs-Programm Gesetz geworden, da wurden schon Abänderungen vorgeschlagen — und schon vor dem Sozialistengesetz wurden auf den Kongressen Anträge auf Revision gestellt, für welche sich allerdings im Fortschreiten unserer Entwicklung das Bedürfnis herausstellte. Man wollte namentlich die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe beseitigt wissen; außerdem wurden noch einige andere Punkte beanstandet, besonders der Satz: „Religion ist Privatsache“, der schon in den siebziger Jahren eine ziemlich lebhaft Polemik hervorrief. Es wurden auch Beschlüsse gefaßt zu Gunsten der Revision — da kam das Sozialistengesetz und unsere Partei wurde von dem Boden der Theorie und wissenschaftlichen Entwicklung hinabgebrängt auf den Boden des Handelns, des Kampfes. Sie hat 12 Jahre zu kämpfen gehabt. In dieser langen Zeit ist auch hier und da der Ruf nach Aenderung des Programms erschallt, aber nur sehr vereinzelt, und stets ist er nur von solchen erhoben worden, welche an dem eigentlichen Kampfe, an diesem Kampf auf Leben und Tod, nicht theilzunehmen in der Lage waren. Wer solchen Kampf kämpft, kann sich nicht mit Programmfragen beschäftigen, — das haben sich alle Militanten (Kämpfenden) gesagt, die Masse der Partei wie die „Führer“. Unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes haben wir — und wiederholt auch ich — verschiedentlich dazu aufgefordert, die Partei möge in die Diskussion des Programms eintreten; aber der Aufforderung wurde so gut wie nicht entsprochen — nur von wenigen Genossen wurden einige vereinzelte und fast bloß untergeordnete Fragen angestreift, zu einer eingehenden Erörterung, zu einer Diskussion des Programms kam es nicht.

Als wir nach langem Ringen so weit waren, daß wir — auch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes — wußten, wir waren die Sieger, — auf dem Kongreß zu St. Gallen — wurde die Programmfrage wieder aufgeworfen und eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines revidirten Programms niedergesetzt. Diese Kommission bestand aus Auer, Bebel und mir. Woblan, wir haben unsere Mission nicht erfüllt — wir müssen uns schuldig

H

bekennen. Unsere Entschuldigung ist: wir haben in den letzten zwei Jahren nicht die Zeit dazu gehabt. Und mit uns schuldig ist die ganze Partei, welche sich — trotz des gefaßten Beschlusses — und trotz eindringlicher Aufrufe im Londoner Parteiorgan, so gut wie gar nicht mit der Diskussion des Programms beschäftigt hat. Wahrhaftig, aus sehr guten Gründen, denn gerade nach dem St. Gallener Kongreß begann in Deutschland eine politische Krisis, welche mit dem Falle Bismarcks geendigt hat. Unsere Feinde hatten sich überzeugt, daß die Ausnahmegesetzgebung verfehlt, das Sozialistengesetz eine unwirksame Waffe war. Aber es beseitigen, das wollte Bismarck nicht, sonst beseitigte er die Basis seiner Macht: das Gewalt- und Willkürregiment; — er wollte ein verschärftes Gesetz verlangen, da er, in der eigenthümlich-beschränkten Denkweise, in der er befangen war, sich dem Glauben hingab, durch äußerste Steigerung der Polizeiwirtschaft, durch äußerste Steigerung des Druckes, schließlich doch unser Herr zu werden. Der berüchtigte Expatrivungsvorschlag kam; man wollte die „Führer“ der Sozialdemokratie aus dem Lande jagen. Da nahm der Kampf zwischen uns und dem Polizeiregiment verdoppelte Kraft an; wir hatten zu ringen mit Anspannung jedes Nerven. Wir entlarvten die Lockspindel; wir stellten unsere Feinde vor der Welt an den Pranger; wir erfochten Sieg auf Sieg; doch nach jeder gewonnenen Schlacht wurden wir in neue Kämpfe getrieben, und bis zum 1. Oktober haben wir nicht die Zeit gehabt, auch nur einen Moment auszuruhen, geschweige denn, daß wir Muße gehabt hätten, ein neues Programm berathen zu können. Das neue, das heißt, das revidirte Programm, muß auch der Partei würdig sein. Darum, weil dies Muße erheischt, mußten wir uns auch gegen den Vorschlag erklären, gleich hier und jetzt eine Kommission zur Revision des Programms niederzusetzen. Die Kommission hätte aus den tüchtigsten Kräften des Parteitagcs bestehen müssen; diese wären dem Kongreß verloren gegangen, und in den 7 oder 8 Tagen, die wir zusammen sein werden, hätte man nur hastig ein Programm improvisiren können, dessen genaue Durchdenkung und Durcharbeitung einfach unmöglich gewesen wäre.

Ich gehe nun auf die einzelnen Punkte unseres Programms ein und werde diejenigen herausgreifen, bei denen die Kritik eingeseht hat, und diejenigen bezeichnen, welche als besonders revisionenbedürftig erscheinen; ich werde dann eine Resolution vorschlagen, dahin gehend, daß der Parteivorstand beauftragt wird, dem nächsten Parteikongreß einen Revisionsentwurf vorzulegen und diesen drei Monate vor dem Zusammentritt des Parteitages zu veröffentlichen und der allgemeinen Diskussion zu übergeben, damit die Partei Zeit hat, sich schlüssig zu machen. Das Programm der Partei muß die Kollektivarbeit sämmtlicher Parteigenossen sein, und Jeder

H

wird mir beistimmen, daß eine solche Arbeit früher, in der Zeit des Kampfes, nicht gethan werden konnte.

Es ist zunächst Anstand genommen worden an dem Namen unserer Partei: sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Schon auf dem Einigungskongreß ist darüber viel gesprochen worden, aber damals war man einhellig der Meinung, dieser Name sei der passendste. Es wurde ausgeführt, daß jede sozialistische Partei nothwendig eine demokratische sein muß. Und der Ausdruck „Arbeiterpartei“ ward gewählt, weil wir von der Arbeiterklasse als solcher die Durchführung dieses Programms erwarten. Wir wissen ja, daß edel denkende, erleuchtete Männer aus den sog. „höheren“, herrschenden Klassen an dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse theilnehmen; aber das sind Ausnahmen, die Masse dieser „höheren“ Klassen ist aus Klassenbewußtsein und Klasseninteresse uns feindlich —, der Befreiungskampf der Unterdrückten kann also nur von der Arbeiterklasse geführt werden. Darum glaube ich, wir werden es bei dem alten Namen belassen, wie wir auch in dem Entwurf der Fraktion ihn beibehalten haben.

Das Programm selbst besteht nun aus einem allgemeinen und einem besonderen Theil. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eine solche Trennung manche Bedenken hat, und sie wird in der That von der niederzusetzenden Kommission oder dem künftigen Vorstand, falls dieser mit dem Entwurf betraut wird, nicht aufrecht erhalten werden können.

Dem allgemeinen Theil, die Erklärung der Parteiprinzipien betreffend, ist der Stempel des Kompromisses scharf aufgedrückt; ihm fehlt vielfach die wissenschaftliche Präzision, welche ein Programm unserer Partei unbedingt haben sollte — das Programm einer Partei, die sich mit Recht als die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus bezeichnet.

Nehmen wir die einzelnen Punkte:

1. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur.

Prinzipiell ist der hier ausgedrückte Gedanke vollkommen richtig. Trozdem ist die Fassung neuerdings angegriffen worden; es ist gesagt worden: Die Arbeit ist nicht die alleinige Quelle des gesellschaftlichen Reichthums, auch die Natur hilft ihn schaffen, sie ist gewissermaßen — so hieß es wörtlich — die Mutter, und die Arbeit der Vater des Reichthums. Wer das gesagt hat — und diese irrije Ansicht ist wiederholt auftaucht — hat — ganz abgesehen von der Sonderbarkeit, die weibliche Arbeit zum Vater zu machen — nur ausgesprochen, was die flache, bürgerliche Nationalökonomie schon lange vorher ausgesprochen hat; französische Nationalökonomien haben, gegenüber der klassischen englischen Nationalökonomie, welche nur die Arbeit als Schöpferin der Werthe kennt, die Natur ein-

geschmuggelt. Natürlich stehen wir nicht außerhalb der Natur; natürlich giebt es keine Arbeit ohne Natur; der arbeitende Mensch ist selbst ein Stück Natur, wie die Luft, die der Arbeiter athmet, wie die Erde auf der er steht — das alles versteht sich von selbst und braucht nicht gesagt zu werden. Die Natur, als Natur, schafft eben keine Werthe, keine Werthe im nationalökonomischen Sinne. Wie viele Menschen würden sich in der Natur ernähren können ohne menschliche Arbeit? Was wollen die paar Beeren des Waldes besagen? Und nicht ein Mensch wäre im Stande, unseren Winter zu überdauern. Dem, der diesen eigenthümlichen Vorschlag gemacht hat, will ich die Nationalökonomie Roscher's empfehlen; der hat sogar noch einen zweiten Vater oder eine zweite Mutter entdeckt, nämlich das Kapital, sodaß erst die Dreieinigkeit: Arbeit, Natur, Kapital, den Reichthum erzeugen soll. Und das Manchesterthum sagt ja auch: Arbeit ohne Kapital ist nichts; allein, was ist denn das Kapital? Produkt der Arbeit! Also kommen wir immer wieder zur Arbeit, als der Quelle alles Reichthums, zurück.

Ferner hat man gemäkelt an dem Worte „Reichthum“. Ob es ganz glücklich gewählt ist, will ich nicht diskutieren; es paßt nicht ganz, weil es ja auch einen andern Sinn giebt und leicht Anlaß zu Mißverständnissen werden kann. Es ist die Uebersetzung des englischen wealth, — gleichen Ursprungs wie das deutsche „Gewalt“ — wealth of nations — Nationalreichthum, Reichthum der Nationen, und in diesem wissenschaftlichen Sinn ist das Wort hier durchaus richtig gebraucht. Jedenfalls ist der jüngst vorgeschlagene Ausdruck „Wohlbesinden“ gewiß nicht besser; denn er drückt die Sache durchaus nicht aus und bringt uns von dem wissenschaftlichen Gebiet der Nationalökonomie ab. Ein unglücklicherer Ersatz konnte nicht leicht angetroffen werden.

Wenn wir sagen: nicht bloß der gesellschaftliche Reichthum ist Produkt der Arbeit, sondern auch alle Kultur, so ist das ebenfalls durchaus richtig. Die Kultur ist nicht vom Himmel heruntergefallen, nicht geschaffen durch irgend ein Wunder, nicht das Werk einiger Leithammel, die nach einer gewissen Theorie von irgendwo hergekommen sind; nicht den sogenannten „großen“ Männern, nicht den Propheten verdanken wir die geschichtliche Entwicklung; sie ist die Kollektivarbeit der gesammten Menschheit. Keine Kraft kann nach dem Naturgesetz verloren gehen; gerade die kleinsten Lebewesen haben die größte schöpferische Thätigkeit entfaltet und thun das fortwährend in dem Organismus der Welt, während die großen Lebewesen, die Löwen, Tiger und sonstigen Raubthiere eine höchst überflüssige Thätigkeit ausüben. So trägt auch die Arbeit der Kleinsten bei zur Erhöhung des Kultur-niveaus; sie bildet einen Theil der gesammten gesellschaftlichen Arbeit, und ohne diese Collectivarbeit der Millionen und Abermillionen würde der Mensch

nichts sein, oder ein Thier — wie denn der Mensch überhaupt nur Mensch ist in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft — durch seine und seiner Mitmenschen Arbeit und die Arbeit der tausende von Menschengeschlechtern, die vorausgegangen sind,

„und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

Auch hier stoßen wir auf einige nicht wissenschaftlich präzise Wendungen. Es ist falsch, jedenfalls mißverständlich, daß das gesammte Arbeitsprodukt nach gleichem Recht allen Mitgliedern der Gesellschaft gehört. Der Gesellschaft gehört es, aber „nach gleichem Recht allen Gliedern“, das ist wenigstens unklar ausgedrückt. Bei der genossenschaftlichen Produktion wird es nicht möglich zu machen sein, das Arbeitsprodukt jedem Einzelnen individualistisch, in mechanisch gleichen Theilen, zu Gute kommen zu lassen; da würden wir ganz anachronistisch auf dem Boden des Individualismus zurückzufahren. Hier müssen wir die sozialistische Organisation der Gesellschaft in Produktion und Konsumtion betonen. Die mechanisch gleiche Vertheilung der Produkte oder des Arbeitsertrags ist eine Unmöglichkeit. — Die „allgemeine Arbeitspflicht“ ist dagegen unbedingt ausgesprochen. Die Arbeitspflicht besteht, während das sogenannte „Arbeitsrecht“ oder „Recht auf Arbeit“ ein sehr problematischer Begriff ist. Die menschliche Arbeit ist eine Pflicht; die Arbeit ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck; wir leben nicht um zu arbeiten, sondern wir arbeiten um zu leben. Ohne Arbeit können wir nicht leben; deshalb hat die Gesellschaft das Recht, jedem Mitglied die Arbeit als Pflicht aufzuerlegen. —

Viel ist gespottet worden über die „vernunftgemäßen Bedürfnisse“; hier wird die Kommission eine etwas glücklichere Fassung zu wählen haben.

„In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Glends und der Knechtschaft in allen Formen.“

Im Wesentlichen ist auch dieser Gedanke richtig. Ein neuerdings erhobener Einwand richtet sich gegen den Ausdruck „Arbeiterklasse“, für den man, angeblich „schärfer“, „Proletariat“ setzen will. Das wäre aber eine bedeutende Verschlechterung; es wäre nicht nur nicht richtiger, sondern ganz unrichtig und völlig unwissenschaftlich. Der Kampf, welcher gekämpft wird, ist ein Klassenkampf; es ist notwendig, gerade diesen Klassencharakter des Emanzipationskampfes

H

zu betonen; zu konstatiren, daß die Klasse der Arbeiter gegenübersteht der Klasse Derer, welche das Monopol der Arbeitsmittel besitzen. Und um so notwendiger ist dies, als gerade in unserer Partei in Bezug hierauf vielfach irrige, unwissenschaftliche Ausdrücke gebraucht werden. Man spricht zum Beispiel vom Arbeiterstand. Den giebt es nicht. Es giebt in der modernen Kulturwelt bloß eine Arbeiterklasse. Man hat die Arbeiter den vierten Stand genannt; der Ausdruck konnte gebraucht werden vor Jahrzehnten, heute kann von einem vierten Stand nicht mehr geredet werden — es giebt keinen. Der Ausdruck ist dem französischen *tiers état*, dem dritten Stand, nachgebildet; der „dritte Stand“ in Frankreich aber war das gesammte Volk — 25 Millionen — mit Ausnahme von einigen hunderttausend Geistlichen und Adligen; in diesem dritten Stand, das heißt an 25 Millionen, mit Ausnahme der Geistlichen und des Adels, war das Proletariat, das Handwerkerthum, das Kleinbürgerthum, die Bourgeoisie enthalten. Nachdem der dritte Stand zur Herrschaft gelangt war, hat der Kampf der Stände sein Ende erreicht, und der Klassenkampf hat begonnen. Der Begriff der Stände ist mittelalterlich; mit dem Untergang der Stände endete auch das Mittelalter. Von dem Augenblick an, wo die französische Ständeversammlung, die Generalstaaten, sich zur französischen Nationalversammlung erklärten, gab es keine Stände mehr, keinen dritten, noch weniger einen vierten Stand; da begann die Trennung der Gesellschaft in die Klassen der Besitzenden und Nichtbesitzenden, derer, welche die Arbeitsmittel haben, und derer, welche für die Besitzer der Arbeitsmittel arbeiten müssen. In England, wo die ökonomische Entwicklung rascher vor sich ging, ist der Ausdruck „Klasse“ schon weit früher gebraucht worden. Im Interesse der Präzision wird also der Ausdruck „Arbeiterklasse“ beizubehalten sein. Für den Ausdruck „Ursache des Glends und der Knechtschaft in allen Formen“ ist vielleicht eine genauere und weniger allgemeine Fassung möglich.

„Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtheit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.“

In diesem dritten Absatz wird es nötig sein, die Ziele unserer Partei schärfer zu formuliren, schärfer hervortreten zu lassen, wie es nothwendig ist, die kapitalistische Produktion durch die genossenschaftliche zu ersetzen, wie überhaupt eine wissenschaftlichere schärfere Formulirung der Ziele, welche wir verfolgen, nothwendig erscheint.

Es ist neuerdings vielfach daran Anstoß genommen worden, daß unser Parteiprogramm die Grund- und Bodenfrage nicht ausdrücklich erwähnt. Ich kann hierzu nur bemerken, daß wir auf

dem Gothaer Einigungskongreß von der Annahme ausgingen, die Erde, der Grund und Boden, sei ein Arbeitsmittel, und daß in der Erklärung, die Arbeitsmittel müßten Gemeingut der Gesellschaft werden, die Proklamirung des Grund und Bodens zu gesellschaftlichem Eigenthum schon eingeschlossen sei. Dem Wunsche, diese unsere Stellung noch besonders zu betonen, ist eine gewisse agitatorische Berechtigung nicht abzuspitzen. Falsch aber ist die Behauptung, daß die Grund- und Bodenfrage für uns erst seit Kurzem aufgetaucht sei. Schon 1868 stand für uns die Frage auf der Tagesordnung. Im Leipziger Hochverrathsprözeß finden Sie massenhaft darauf bezügliche Zitate von uns, welche als Glieder in der Beweiskette des angeblichen Hochverraths gegen uns verwerthet wurden. Im Jahre 1869 bereits wurde auf dem Baseler internationalen Kongreß unzweideutig von uns Stellung dazu genommen. Im Auftrage unserer Partei, die mich nach Basel delegirt hatte, sprach und stimmte ich damals für die bekannte Resolution, welche die Erklärung des Grund und Bodens zu Gemeingut forderte. Auf's Festigste deswegen angegriffen, fand ich mich mit Bebel veranlaßt, in verschiedenen Vorträgen unseren Standpunkt zu rechtfertigen; ich hielt u. A. einen Vortrag, der als Broschüre veröffentlicht und zu der Schrift: „Zur Grund- und Bodenfrage“ erweitert ward. In dieser Schrift führte ich beiläufig u. A. auch aus, kein größerer Fehler könne von unserer Partei begangen werden, als die letzten Ziele nicht auszusprechen, — wir müßten stets ganz und rückhaltlos sagen, was wir wollen, das sei ehrlich und zugleich die beste Politik. Und das erwies sich in diesem Fall auch als taktisch richtig. Zuerst entstand ein allgemeines Galloh, man wollte uns die Bauern und Landarbeiter auf den Hals heken; da haben wir den Stier bei den Hörnern gefaßt und nachgewiesen, daß das, was wir wollen, schon heute für neun Zehntel aller Grundbesitzer, sogenannte Bauern, von größtem und unmittelbarem Vortheile wäre. Dies jetzt weiter und eindringlicher der Landbevölkerung durch Schriften und Agitation klar zu machen, wird von nun ab eine der wichtigsten Aufgaben für uns sein.

„Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.“

Genossen! An der Richtigkeit des ersten Theils dieses Satzes ist nicht zu zweifeln — die Arbeiter sind die Unterdrückten und Ausgebeuteten — und die Unterdrücker und Ausbeuter werden 'ihre Opfer sicherlich nie freiwillig befreien. Mit Bezug auf den zweiten Theil hat man uns aber den Vorwurf gemacht, einen „radikalen“ Beschluß gefaßt zu haben, den wir gar nicht ausführen können und der abendrein nicht ganz richtig sei. Wir seien z. B. genöthigt, mit der bürgerlichen Demokratie ein großes Stück Weges zusammen,

H

theilweise Hand in Hand, zu gehen. Ja, in manchen Fragen der bürgerlichen Freiheit ist allerdings ein Theil des Bürgerthums, bis zu einem gewissen Grade, mit uns einverstanden; da aber, wo es gilt, das von allen anderen Parteien scharf abgegrenzte Wesen unserer Partei zu bethätigen, wo das revolutionäre Ziel unserer Partei scharf zu Tage tritt, da zeigt sich sofort die Richtigkeit des Satzes, da sind alle übrigen Klassen uns gegenüber eine reaktionäre Masse, da sind sie die eine Klasse der Bestehenden, und in den historischen Momenten, wo das Proletariat handelnd auf der Weltbühne erscheint, offenbart sich in greiflicher Beleuchtung die Wahrheit des Satzes. Als wir 1871 uns mit der Kommune solidarisch erklärten und sagten, die Kommunarden sind nicht Blutmenschen, nicht Verbrecher, sondern edle Menschen, die für das Beste der Menschheit streben und wirken, und als wir nach dem Falle der Kommune die Sache der Besiegten und mit Roth Bemworfenen vertheidigten, hatten wir damals auch nur die geringste Unterstützung durch die fortschrittliche und demokratische Presse? „Frankfurter Zeitung“ und „Kreuzzeitung“ griffen uns gleich heftig an; nur ein Blatt, die allerdings erst etwas später erschienene „Wage“ meines Freundes Guido Weiß hatte die Mannhaftigkeit, für uns und die Kommune eine Lanze zu brechen.

In Deutschland liegen die Dinge eben so, daß ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien bis zu einem gewissen Grade gar nicht vermieden werden kann. Hätten wir englische Zustände, das heißt eine ganz scharfe Abgrenzung der Klassen — hätten wir das Bürgerthum als direkt herrschende Klasse, dann könnte natürlich von einem Zusammengehen nicht mehr die Rede sein. Aber wir sind in Deutschland in einer eigenthümlichen Lage. Unser Bürgerthum ist zu feig, zu unentwickelt gewesen, um seine bürgerlich-demokratischen Forderungen durchzusetzen. Diese Forderungen, welche in England und Frankreich Gesetz geworden sind, hat unser Bürgerthum nicht zu verwirklichen vermocht; es hat, mit geringen Ausnahmen, jetzt auch auf dieselben verzichtet, und so ist es denn bei uns die Aufgabe der arbeitenden Klassen geworden, das, was das Bürgerthum in seiner Feigheit veräußert hat, nachzuholen, auch diese Arbeit zu verrichten und neben unseren sozialistischen Forderungen auch für die Forderungen der bürgerlichen Demokratie zu kämpfen — eine Lage, die unsere Arbeit vermehrt, aber unsere Position günstiger macht. Es wird sich also auch hier möglicherweise eine etwas schärfere Formulirung als nothwendig und zweckmäßig ergeben.

„II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch

H

Ab Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“

Hier komme ich an einen Punkt, der weniger für Sie, als für die uns zuhorchenden Gegner erklärt werden muß. Im ursprünglichen Programm stand „mit allen gesetzlichen Mitteln“. Dieses „gesetzlich“ haben wir in Wbden gefrichen. In Folge dessen hat man uns vorgeworfen, wir hätten uns damit einfach auf den Boden der Gewalt gestellt. Nichts kann falscher sein, als diese Behauptung. Die Partei hat gethan, was die Pflicht der Selbsterhaltung und ihre Würde ihr geboten hat. Man hatte uns durch das Sozialistengesetz außerhalb des Gesetzes, außerhalb des gemeinen Rechts gestellt; da mußten wir entweder uns feig ducken oder richtiger: Selbstmord begehen, oder wir mußten thun, was wir gethan haben, — erklären: wir müssen der Gewalt weichen, aber als Recht erkennen wir dies Gesetz nicht an; auf dem Boden dieses Gesetzes können wir als Partei nicht existiren, wir existiren aber, und wollen existiren, und deshalb müssen wir, dem Gebot der Selbsterhaltung folgend, dieses Gesetz brechen, untergraben, zerbrechen — und das können wir doch nicht „gesetzlich“, d. h. auf dem Boden eben dieses Gesetzes. Unser Wbdener Beschluß war die nothwendige und logische Antwort auf das Sozialistengesetz: es war zugleich unser Aktionsprogramm, und die Ausführung ist dem Beschluß gefolgt. (Stürmischer Beifall.)

Ob es sich empfiehlt, das Wort „gesetzlich“ wieder aufzunehmen, ist eine Frage der Ermägung für die Kommission oder die Revisoren. Ich lege dieser Frage nicht die geringste Bedeutung bei. Der Charakter des Programms ist klar auch ohne dieses Wort. Aber wir leben in merkwürdigen Zeiten. Die Welt ist vielleicht niemals so im Fluß gewesen, wie jetzt. Wir haben in den letzten Monaten und Jahren wunderbare Ueberraschungen erlebt, und die Zeit der Ueberraschungen ist noch nicht vorüber; — wer weiß, wie lange für uns der Sonnenschein dauern wird, wie bald aus der Sammetpfote wieder die Kralle hervorbricht! Zum Glück sind wir gewappnet, wir haben die gute Rüstung aus der Zeit des Sozialisten-Gesetzes und alle Kampfmittel und Waffen jener Kampfzeit noch heute zur Verfügung, — und auch manches Kampfmittel, von dem wir noch keinen Gebrauch gemacht haben. Es hängt von der weiteren Entwicklung der Dinge ab, wie wir uns zu dem Wörtchen „gesetzlich“ zu stellen haben.

Dann kommt hier noch ein Ausdruck, welcher zu mancherlei Bedenken Anlaß gegeben hat: „der freie Staat.“ Die bisherige Fassung „freier Staat“ und „sozialistische Gesellschaft“ wird sich schwerlich aufrecht erhalten lassen. Besser wäre vielleicht: „Die sozialistische Gesellschaft im freien Staat.“ — Man wird aber sagen,

— und man hat es gesagt — die sozialistisch organisierte Gesellschaft ist gar kein Staat mehr. Der ganze Staatsbegriff ist ein reaktionärer Begriff; es liegt in der ganzen Natur des Staates, daß er zu einer selbstständigen Macht wird, die sich gegen das Volk richtet. Der heutige Staat mit der von ihm eingeschlossenen Gesellschaft läßt sich mit einem Krebs vergleichen. Der Krebs hat eine feste Haut, die sich wie die Schale, zur Kruste verhärtet, und den weichen Körper, die von der Kruste umpanzerte Masse am Wachstum hindert, und durch eine Revolution gesprengt, beseitigt werden muß, damit der Körper wachsen kann; die Gesellschaft ist der Körper, der Staat die Kruste. — Genug, ich lasse die Frage, ob das Wort „Staat“ beseitigt werden muß, offen. Es ist Sache der Theoretiker, welche unsere Forderungen wissenschaftlich zu formuliren haben, dies klarzustellen. Wir kommen hier noch zu einem Ausdruck, der zu Ausstellungen Anlaß gegeben hat: „ehernes Lohngesetz.“ Ein ehernes Lohngesetz, das mußten wir uns schon in Gotha sagen, existirt thatsächlich nicht. Das sogenannte „Gesetz“ ist der Bourgeois-Nationalökonomie entnommen; der Ausdruck ist agitatorisch von Lassalle gebraucht worden und hat seinen Zweck auch herrlich erfüllt. Er hat etwas Greifbares, Anschauliches, allein, wissenschaftlich richtig ist er nicht. Wenn es ein ehernes Lohngesetz gäbe, wenn der Lohn auf das absolute Minimum herabgedrückt werden könnte, dann wäre es ja nicht möglich, daß in einem und demselben Lande in einer und derselben Branche ganz verschiedene Lohnzustände wären. Doch ich kann hier nicht tiefer in die Frage eingehen, die einen besonderen Vortrag erheischen würde. Schon Marx hat das ehernen Lohngesetz für eine „ökonomische Fiktion“ erklärt. Es muß daher, meines Erachtens, eine präzisere Formel gewählt werden, die die Natur des heutigen Produktionsprozesses, und die systematische Ausplünderung des Arbeiters, welche er bedingt, umfassend und klar zum Ausdruck bringt.

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands,“ obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt, und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.“

Diese Gedanken sind wohl von unanfechtbarer Richtigkeit. Keiner, der für den internationalen Gedanken noch so sehr begeistert ist, wird sagen, wir haben keine nationalen Pflichten. National und international sind keine Gegenätze. Man muß blos das Wort „national“ richtig auffassen. Es handelt sich nur um einen bestimmten, abgegrenzten Theil der internationalen Menschheit. Der Theil gehört zum Ganzen. Und „international“ heißt blos, über die Grenzpfähle der Nation, des engeren Vaterlands hinausgehend,

den Horizont über das Ganze erweitern, die Menschheit als eine Familie, die Welt als Heimath betrachten. So richtig die Gedanken, so künstlich ungeschickt ist die Formulirung — was theilweise die Folge des Kompromisses ist, der zwischen der mehr internationalen Auffassung der „Eisenacher“ und der mehr nationalen der Lassalleaner abgeschlossen werden mußte. Die Betonung des nationalen und internationalen Standpunktes neben einander wäre sonst kaum für nöthig erachtet worden.

Mit dem allgemeinen Theil des Programms bin ich nun zu Ende, und ich fasse das Gesagte dahin zusammen, daß derselbe unter allen Umständen gründlich umgearbeitet werden, und daß auch für die an sich richtigen Gedanken eine präzisere, den Anforderungen der Wissenschaft mehr entsprechende Form gefunden werden muß.

Nun kommt das engere Programm, welches seinerseits wieder in einen weiteren und engeren Theil zerfällt. Zunächst der weitere: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes.“

Wir zählen heute 1890. Vor fünfzehn Jahren — 1875 — wurde dieser Punkt als Hauptkonzeption an die Lassalleaner aufgefaßt. Die Einigung war da, aber noch nicht die Verschmelzung. Diese ist inzwischen erfolgt. Die beiden Ströme, die wie bei Mainz und Rhein, noch eine Weile, dem Auge unterscheidbar, verschieden in Diesem und Jenem, nebeneinander herliefen, haben sich nach der Vereinigung der Lassalleaner und Eisenacher so rasch in Eins verschmolzen, und die wissenschaftliche Fortentwicklung unserer Partei hat auch unter den ehemaligen Lassalleanern die volle Klarheit gebracht, daß mit Produktivgenossenschaften und Staatskredit, mögen sie noch so sehr mit demokratischen Garantien verbrämt werden, die soziale Heilung nicht bemerkfellig, die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische nicht bewirkt werden kann; daß die dem Lassalle'schen Vorschlage zu Grunde liegende Auffassung vielleicht dem noch etwas primitiven Zustande des deutschen Großkapitalismus aus der damaligen Zeit entsprechen haben mag, aber heute, bei der kolossalen Entwicklung unserer Industrie, absolut unzulänglich erscheint und das Lächeln jedes Großkapitalisten hervorrufen muß. Und auch kein Arbeiter, der vom modernen Industrialismus eine Ahnung hat, kann sich derartigen Illusionen noch hingeben. Hören wir weiter:

„Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß

H

aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“

Sie sehen hier die ganze Naivetät der Auffassung, welcher damals noch Rechnung getragen werden mußte. Man konnte noch denken: der Staat stellt sich über die Klassen, er impft der heutigen Gesellschaft den Sozialismus ein, oder, anders ausgebrüt — er treibt den Keil des Sozialismus vermitteltst solcher Genossenschaften in die heutige kapitalistische Gesellschaft und sprengt sie dadurch auseinander. Der heutige Staat ist aber ein Klassenstaat und muß es sein, so lange er nicht sozialistisch ist. Und die bürgerliche Gesellschaft geht nicht par ordre du moulti, nicht durch einen Akt von oben zu Grunde, sondern durch ihre eignen Widersprüche und durch ihre Gemeinschädlichkeit, und durch unsere Thätigkeit — sie wird mehr und mehr zur ökonomischen Unmöglichkeit; sie muß in klassischer Form schließlich einen Selbstmord begehen, indem sie die Grundlagen ihres Seins zu zerstören genöthigt ist, und sie hat sich obendrein selber in den Proletariern die eigenen Todtengräber herangezogen. Mehr kann man nicht verlangen!

Auf alle Fälle muß dieser Programmpunkt entweder gestrichen oder vollständig umgestaltet werden.

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmenabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde.“

Diese, sozusagen selbstverständliche Forderung hat auch noch heute ihre volle Bedeutung für uns und bedarf keiner Erörterung. Ich habe nur auf eins aufmerksam machen wollen. Es ist in der neueren Zeit wieder die Nothwendigkeit betont worden, in unserem Programm die Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen, und so hat man vorgeschlagen, hier ausdrücklich zu erklären, daß auch die Frauen das Stimmrecht haben sollen. Diese Frage wurde schon auf dem Einigungskongreß behandelt. Damals wurde nun das Wort „Staatsangehörige“ gewählt, im Gegensatz zu dem im Eisenacher Programm befindlichen Wort „Männer“, bloß um ein Wort zu haben, welches sowohl Frauen als Männer umfaßt, also die Gleichberechtigung in sich schließt. Wohl gemerkt: es heißt Staatsangehörige, nicht Männer. Ob es sich nun aber nicht doch empfiehlt, in direkter, positiver Form die Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen, das gebe ich den künftigen Revisoren anheim. Nothwendig ist es nicht; denn wenn die Sozialdemokratie die Gleichberechtigung aller Menschen will, so versteht sich die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne einfach von selbst.

H

Für die Sozialdemokratie giebt es überhaupt keine Frauenfrage, die Frauenfrage ist in der sozialen Frage einfach inbegriffen; sie ist ein Theil der sozialen Frage, die mit der Umgestaltung der heutigen Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse von selbst gelöst wird.

Daß der Wahl- und Abstimmungsstag ein Sonn- und Feiertag sein muß, wie es weiter im Programm heißt, ist so selbstverständlich, daß ich darüber kein Wort sagen will.

Im Anschluß an diese Forderung ist nun eine andere vorgeschlagen worden, die unter allen Umständen in das Programm aufzunehmen ist: das proportionale Wahlsystem. Die Sozialdemokratie hat gegenwärtig, im Verhältnis zu ihrer Stimmzahl, eine viel geringere Vertretung im Reichstage, als die anderen Parteien; etwa nur ein Drittheil so viel als z. B. das Centrum, das, obgleich seine Wählerzahl der unserigen nachsteht, doch dreimal so viel Abgeordnete hat. Das ist eine flagrannte Ungerechtigkeit, der in gründlichster Weise durch das sogenannte Proportionalssystem abgeholfen wird. Dasselbe ist zuerst in Frankreich, dann in England und später in der Schweiz aufgetaucht und von unserer Partei — und von mir seit Jahrzehnten, noch ehe es eine sozialdemokratische Partei gab — empfohlen worden. Das System besteht darin, daß nach Listen im ganzen Lande abgestimmt wird und daß das ganze Land bloß einen einzigen Wahlkreis bildet. Jede Partei hat das Recht, auf ihrer Liste so viel Kandidaten aufzustellen, als überhaupt Mandate zu vertheilen sind, und nun geht es ans Abstimmen. Die Stimmzettel der verschiedenen Parteien, welche, zur Vermeidung von Irrthümern, verschiedene Farben haben könnten, werden an den Wahlurnen abgegeben; die im ganzen Lande abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt und dann die Gesamtzahl durch die Zahl der Mandate dividirt, und auf die Stimmzahl, die so herauskommt — sagen wir auf je 9- oder 10 000 Stimmen — entfällt je ein Mandat, und dann vertheilt man einfach. Bei je 10 000 Stimmen auf ein Mandat würde unsere Partei, bei 1½ Millionen Stimmen, 150 Sitze im Reichstage haben. Dieses System hat noch den weiteren Vorteil, daß auch der kleinsten Minorität, die bei dem jetzigen System unvertreten bleibt, die Möglichkeit der Vertretung gewährt wird. Es ist zwar gesagt worden: die Mehrheit ist stets dumm, Verdacht ist stets bei Wenigen nur gewesen; was wird da aber aus dem demokratischen Gleichheitsprinzip? Ja wohl, es giebt eitle Gecken, die da glauben, den Verstand mit Vöfeln gegessen zu haben, das Monopol des Verstandes zu besitzen. Nun, ein solcher Dursche mag sich doch aufstellen lassen! Jetzt ist er ein verkanntes Genie, und ein solches ist stets unzurieden; wenn er aber seinen Namen und sein Genie aufplanzt und sich den Wählern von ganz Deutschland vorstellt, dann ist ganz Deutschland sein Rekrutierungsfeld — da hat er doch bessere Aus-

H

sichten, als jetzt. Und wenn eine neue Idee auftaucht, so ist doch, falls sie etwas taugt, wohl zu erwarten, es werden in ganz Deutschland so viel Stimmen für sie abgegeben werden, daß wenigstens ein Vertreter ins Parlament kommt. Und jede Idee, jede Strebung und Strömung soll vertreten sein.

Wir kommen dann zur „direkten Gesetzgebung durch das Volk.“

Ob dieser Satz nicht einer näheren Präzisierung bedürfen wird, ist die Frage. In der Schweiz haben wir die direkte Gesetzgebung durch das Volk, jedoch nur in einigen der kleinsten Kantone uneingeschränkt. Ohne Einschränkung ist sie auch in größeren Staatswesen nicht möglich. Bei uneingeschränkter direkter Gesetzgebung durch das Volk müßte man konsequent das ganze Volk über alle Gesetze berathen und abstimmen lassen, die gesammte wahlfähige oder stümberechtigte Bevölkerung hätte in Volks- oder Landesversammlungen zusammenzutreten, und über alle Gesetze nicht bloß, sondern auch über alle Maßnahmen und politischen Akte zu verhandeln und sich schlüssig zu machen. So ist es bei den altnordischen, den germanischen Völkern gewesen, bei den Angelsachsen, Norwegern u. s. w., wo das gesammte Volk, d. h. die Freien, in Things zusammentrat und die Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung direkt ausübte — die sogenannte Theilung der Gewalten war unbekannt. Alle Gewalt lag im Volk. In einzelnen Kantonen der Schweiz haben wir die direkte Gesetzgebung und Regierung noch. Im Kanton Glarus z. B. kommt in jedem Jahr die Landesgemeinde, d. h. die ganze Wählerschaft des Kantons, zusammen und giebt sich die Regierung, sitzt zu Gericht über die Regierung und beschließt die Gesetze. Ja, das ist möglich in einem so kleinen Lande, aber in den großen Reichen der modernen Zeit ist dies nicht durchzuführen. Schon in den größeren Kantonen der Schweiz wird die Gesetzgebung so vorgenommen, wie bei uns: durch Vertretung, aber mit der Maßgabe, daß über Gesetze erst eine Volksabstimmung stattfinden muß, ehe sie in Kraft treten können, und daß, wenn eine gewisse Anzahl von Wählern ein bestimmtes Gesetz fordert, ein solches Gesetz dem gesetzgebenden Körper vorgelegt werden muß.

- Eine Bestimmung in diesem Sinne, überhaupt eine nähere Definition der direkten Gesetzgebung, ist unter allen Umständen in unser zu reformirendes Programm aufzunehmen.

„Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.“

Das ist für uns, einstweilen freilich, Zukunftsmusik im vorweggenannten Sinne des Worts. Ein demokratisches Volk, das seine Regierung in der Hand hat, weil es selbst die Gewalt hat, entscheidet natürlich über Krieg und Frieden, und wenn wir einmal eine wirklich demokratische Verfassung haben, wie sie unserem

H

Programm entspricht, dann kann es keine Regierung mehr geben, die über die Köpfe des Volkes hinaus einen Krieg erklären kann. Zu dieser Forderung gehört die „allgemeine Wehrhaftigkeit — Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“.

Während des französischen Krieges, als zuerst die Frage der Annexion in den Vordergrund trat, sagte ich im Reichstage, laßt den Franzosen Elsaß-Lothringen; wenn Ihr das nehmt, dann habt Ihr die Gefahr einer russisch-französischen Allianz, und der Schwerpunkt der europäischen Macht wird, statt von Paris nach Berlin, von Paris nach Petersburg verlegt werden, und Rußland allein hat den Vortheil. Man verlange von den Franzosen, außer einer Kriegsschädigung, die Abschaffung des stehenden Heeres und die Einführung des Milizsystems, wie es die Schweiz hat; das ist die beste Garantie des Friedens; denn ein wirkliches Volk in Waffen führt keinen Eroberungskrieg, vorausgesetzt, daß es nicht ein Volk von Wilden ist. Wenn jeder deutsche Arbeiter, Bauer, Kleinbürger selbst Soldat ist, dann giebt es nicht zweierlei Staatsbürger im Staat, nicht zwei Völker im Volk — eins ohne und eins mit Waffen, von denen das eine das andere gelegentlich über den Haufen schießen kann; — giebt es nur ein Volk, und das Volk hat alle Macht, dann ist es unmöglich, daß eine Regierung einen Eroberungskrieg oder überhaupt einen Angriffskrieg beginnt, denn die Völker wollen den Frieden. Wenn der schweizer Bundesrath den Schweizern zumuthen wollte, einen Eroberungszug, z. B. gegen irgend ein hübsches Stückerchen von Italien zu machen, so würden — auch wenn die Schweiz zwanzig mal so groß wäre — die Schweizer Volkssoldaten antworten: wenn Ihr Lust habt, dummes Zeug zu machen, so macht's und laßt Euch selbst todt-schießen; wir machen nicht mit. — Eine Miliz, ohne stehendes Heer, — denn man hat auch Milizen neben einem stehenden Heere — ist die beste Bürgschaft des Friedens. Daß aber der ersehnte ewige Friede oder Weltfriede erst kommen kann, wenn der soziale Krieg aufgehört hat, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. (Bravo!)

„Abschaffung aller Ausnahmegefetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze“ — versteht sich von selbst.

Was die

„Rechtssprechung durch das Volk“ betrifft, so hat die Sache doch gegenwärtig auch ihre zwei Seiten. Ich habe, gleich Nebel, einmal das Unglück gehabt, daß ich mich — es war beim Leipziger Hochverrathsprozess — der Rechtssprechung durch das Volk, d. h. einem Schwurgericht, zu unterwerfen hatte. Wir wurden damals zu je 2 Jahren Festung, wegen Vorbereitung zum Hochverrath, verurtheilt, und wir waren an den uns zur Last gelegten

Vergehen genau so unschuldig, wie jeder der Herren Rechtssprecher aus dem Volk, die uns schuldig befunden hatten. In den modernen Ländern — auch in den politisch freien — wo die Rechtssprechung durch das Volk allgemein ist, erweist sie sich entschieden als eine Klassenjustiz. Die herrschende Klasse sitzt über die arbeitende Klasse zu Gericht. In England, Frankreich und Amerika sind durch die Geschworenen Urtheile von flagrantester Ungerechtigkeit gefällt worden — Urtheile, die von Berufsrichtern, kraft ihrer besseren Schulung im logischen Denken, wenigstens im juristischen Denken, das eine besondere Logik hat, nie und nimmer gefällt worden wären; solche Urtheile kommen jeden Tag vor, und ich sage ganz offen, ich hätte damals in Leipzig viel lieber vor Berufsrichtern gestanden. Es ist mir nach unserem Prozeß von einem Berufsrichter erklärt worden: wenn Sie vor uns gestanden hätten, hätten wir Sie freisprechen müssen, denn es war juristisch unmöglich, Sie zu verurtheilen. Genug, im heutigen Klassenstaat ist die Rechtssprechung durch das Volk ein zweischneidiges Schwert.

Was die

„Unentgeltlichkeit der Rechtspflege“ betrifft, so versteht es sich von selbst, daß wir die Forderung festhalten müssen. Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege hat sich aber auch auf den Rechtsbeistand zu erstrecken. Der Charakter des Klassenstaats unserer Gesellschaft tritt gerade bei der Justiz und nicht bloß in der Rechtssprechung, sondern auch — und fast noch schärfer — darin zu Tage, daß das Recht so theuer ist, und daß der arme Mann deshalb sein Recht — und sei es klar wie die Sonne — in vielen Fällen nicht zur Geltung bringen kann. (Sehr richtig!) Ich bin, namentlich während meines achtjährigen Aufenthalts auf dem Dorfe, hundertmal von Rechtsfuchenden um Rath gefragt worden, und ich habe den armen Leuten gar oft sagen müssen: Ihr habt Recht, aber Ihr könnt Euer Recht nicht erlangen, vergleicht Euch lieber, — auf dem Wege des Prozesses seid Ihr verloren; Ihr könnt die Gerichtskosten und den Advokaten nicht bezahlen, und ohne Advokat könnt Ihr nichts machen. — Die Advokaten sind in schlechten Ruf gerathen, ganz ohne ihre Schuld — auch sie sind Opfer des Klassenstaats. Es sind — und da spreche ich aus eigener, sehr reicher Erfahrung — weit mehr Leute dadurch, daß sie, aus Ehen vor den hohen Kosten und vielleicht auch abgeschreckt durch den schlechten Ruf der Advokaten, ihre Sache selbst führen wollten und so verpfuschten, — es sind dadurch weit mehr Leute geschädigt worden, als vielleicht durch die Künste und die Unehelichkeit von Advokaten. In ähnlicher Lage sind, um etwas Anderes, prinzipiell jedoch ganz Gleiches zu berühren, heutzutage auch die Aerzte. Der Bauer geht nicht zum Arzt, wenn er es irgend zu vermeiden im Stande ist, er scheut die Kosten. So kommt es, daß tausende von

Krankheiten, die, von einem Arzt rechtzeitig erkannt und behandelt, mit Sicherheit hätten geheilt werden können, jetzt in unzähligen Fällen, namentlich bei Frauen, einen tödlichen Ausgang nehmen oder doch zu dauerndem Siechtum führen. Hier ist genau dieselbe Kur notwendig, wie in der Anwaltsfrage: die ärztliche Behandlung muß unentgeltlich werden, und mit anderen Worten: der Arzt — wie der Rechtsanwalt — muß Beamter des Staates, der Gesellschaft sein, besoldeter Beamter, der nicht von dem Klienten oder Patienten Honorar zu nehmen hat, sondern den einfach die Gemeinde oder der Staat anstellt, damit er Jedem, der seiner Hilfe bedarf, solche unentgeltlich angedeihen lassen kann.

Die „allgemeine gleiche Volkserziehung durch den Staat“ ist selbstverständlich, ebenso der „unentgeltliche Unterricht in allen Bildungsanstalten.“

Die „Erklärung der Religion zur Privatsache,“ zu der ich nun gelange, ist ein kritischer, viel umrittener Punkt. Man hat den Deutschen vorgeworfen, daß sie sich mit der Erde zu wenig beschäftigen, im Himmel aber eifrig spazieren gehen und dadurch auf der Erde zu kurz gekommen sind. Es ist ein Zeichen geistiger Unfähigkeit und mangelnder Thatkraft, statt auf der Erde seine Energie zu betheiligen, in den unendlichen Himmel hinauszugondeln und Krieg zu führen gegen den bürgerlichen Gott da droben. In Amerika verbarb ich es mit den Freidenkern dadurch, daß ich einmal sagte: der deutsche Arbeiter, der jetzt unter dem Sozialistengesetz den Kampf gegen den schwächsten Gensdarm oder Schußmann führt, entwickelt in meinen Augen tausendmal mehr Muth, als wie derjenige, der den allmächtigen Jehovah als persönlichen Feind bekämpft und aus dem Himmel wirft. Auf der Erde wirken, das ist's, worauf es ankommt. Wer macht denn — man verzeihe mir den geschäftlichen Ausdruck — in religiöser Freiheit oder Freireligiosität? Ich verfolge das Thun dieser Klasse von Menschen seit vor 1848. Damals war in meiner engeren Heimath, in Offenbach, ein Hauptnest dieser Freireligiosität, der freigemeindlichen Bewegung. Nun, und was sind diese Freidenker geworden? Welche Rolle haben sie in der Revolution von 1848 gespielt? Es waren fast alle jämmerliche Spießbürger. Und jetzt? Ist einer unter diesen „radikalen“ Freigemeindlern gewesen, der es wagte, den Kampf gegen die Unterdrückung, für gleiches Recht aufzunehmen? Und einer unter ihnen, der den Muth der Konsequenz gehabt hätte, sich Sozialdemokrat zu nennen? Diesen Leuten, wenn sie unter sich sind, sind wir gar nicht radikal genug, weil wir nicht wenigstens einmal jeden Tag den lieben Herrgott absetzen. Aber vor dem realen politischen Kampf

H

haben sie, mit verschwindenden Ausnahmen, eine heilige Scheu — höchstens, daß sie als Fortschrittler oder Volksparteiler stimmen. Von Konsequenz des Denkens und Handelns keine Spur, — und zum weitaus größten Theil sind sie unsere politischen Gegner. Es giebt Heßsporne unter uns, die sich mit besonderem Eifer auf die Religion werfen, weil noch ein Stückchen vom Jehovah in ihnen ist, den sie nicht ganz los werden können. (Sehr richtig!)

Wir müssen weiter bedenken, daß die Religion an sich und die Kirche an sich nicht fähig sind, uns zu unterdrücken, wenn nicht der Staat sie hält, wenn nicht die Gesellschaft sie hält. Die katholische Kirche so gut wie die protestantische Kirche, sie sind die Bundesgenossen, nein, die Stützen, die Werkzeuge des heutigen Klassenstaats, und zugleich ein Produkt desselben. Sie helfen dem Staat, und sofern sie ihm helfen, müssen wir auch gegen sie Front machen. Wer aber, statt den Klassenstaat selbst, statt die ökonomischen Bedingungen des Klassenstaates und seine politischen Voraussetzungen anzugreifen, sich auf die Kirche verbeißt, der verpulvert seine Kraft gegen falsche Objekte; haben wir erst den Staat erobert, dann ist uns die Religion nicht gefährlich. Glauben Diejenigen unter Ihnen, die vielleicht an dem Kampf gegen Jehovah Gefallen finden, glauben Sie etwa, daß durch radikal-religiöse Phrasen, oder gar durch Schimpfen, der Religion Abbruch gethan wird? Das wäre ein großer Irrthum! Im Gegentheil! Betrachten Sie doch den Kulturkampf! Ich für meine Person bin mit der Religion sehr früh fertig gewesen. Ich stamme aus der Zeit, wo die deutsche Studentenschaft Hegel'sche Philosophie studirte, wo sie durch die Strauß, Bauer, Feuerbach u. s. w. in den Atheismus eingeweiht wurde. Mir war das, da ich sehr frei erzogen war, nicht schwierig. Aber ich habe eines während meines langen politischen Lebens gelernt, das mich praktisch gemacht hat: ich habe gelernt, daß ich nie einen Menschen, der an Religion glaubte, durch Beschimpfung der Religion, durch Angriffe auf die Religion habe bekehren können. (Sehr richtig!) Der Religion können wir bloß dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion des Einzelnen ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beibringen; die Schule muß gegen die Kirche mobilisiert werden, der Schulmeister gegen den Pfaffen; richtige Erziehung beseitigt die Religion. Angriffe machen sie bloß stärker, und Diejenigen unter uns, die gegen die Religion den Hauptkampf führen, verfallen in den Fehler der preussischen Regierung in ihrem Kampf gegen die katholische Kirche: sie machen den Feind nur stärker. (Lebhaftes Bravo!)

Wir haben in unserem Programm gesagt: die Religion ist Privatsache. Ich will nicht sagen, daß dieser Ausdruck ein absolut fehlerloser ist. Ich kann nur bemerken: einen vernünftigeren, praktischeren Satz haben wir nicht unter allen unseren praktischen

H

Forderungen. Ich bin öfters genöthigt gewesen, in Gegenden zu agitiren, wo der Katholizismus noch eine Macht ist, aber neben ihm auch die Sozialdemokratie. Da habe ich durch diesen Punkt unseres Programms, indem ich ihn richtig erklärte, zahlreiche Stimmen erlangt von Leuten, die heute noch sozialdemokratisch stimmen, die aber durch einen Angriff auf die Religion uns entfremdet worden wären. In der Gegend von Mainz geriet ich einmal mit einem katholischen Priester in eine Diskussion. Er war sehr höflich, stimmte sonst im Wesentlichen mit mir überein, aber daß wir die Religion aus dem Staate verdrängen, sie zur Privatfache machen wollten, das ginge doch nicht. Ich sagte ihm: Sie irren sich, das ist ja gerade für Sie von großem Vortheil. Sehen Sie, wenn der preussische Staat die Religion zur Privatfache erklärt hätte, wie wir fordern, dann hätte der Kulturkampf nicht entstehen können. Er bemerkte dann: ja, der Staat muß christlich sein. Ich erwiderte, welches Christenthum soll denn der Staat haben? Wir haben ein protestantisches, ein reformirtes, ein lutherisches, ein katholisches, ein griechischkatholisches Christenthum und noch 20 bis 30 christliche Sekten. Was soll nun der christliche Staat sein? Soll er protestantisch oder katholisch sein, oder was sonst? Als protestantischer Staat führt er gerade den Kulturkampf gegen die katholische Kirche, als katholischer Staat würde er ihn gegen die protestantische Kirche führen u. s. w. Und das hat den katholischen Bauern so eingeleuchtet, obwohl der Pfarrer sich noch sträubte, daß sie einstimmig für mich gestimmt haben. (Weiterfeit.) Und glauben Sie nicht, ich hätte geheuchelt; ich sagte den Bauern rüchhaltlos: ich bin Atheist, ich glaube nicht an Gott, aber ich glaube, daß Jeder das Recht hat zu glauben was er will; wir Sozialdemokraten wollen absolute Gewissensfreiheit, absolute Meinungsfreiheit; kein Staat, keine Gesellschaft hat das Recht; einem Menschen mit der Faust an's Gewissen zu greifen, einem Menschen ein religiöses Bekenntniß oder eine andere Meinung aufzudrängen. Wenn wir das versuchen, dann schaden wir nur unserer Sache. (Bravo!) Bei Begründung unseres Antrages auf Aufhebung aller Ausnahmegefetze, auch der gegen die Jesuiten, habe ich im Reichstage auf das Beispiel der Vende hingewiesen. Und in der That, es ist schlagend. Im revolutionären Frankreich war die Herrschaft der Vernunft eingeführt, die Revolution hatte die Wissenschaft zur Basis. Die armen, in geistiger Finsterniß lebenden Bauern ergriffen die Waffen für ihren katholischen Aberglauben und nahmen den Kampf auf gegen die übermächtige, fürmlich vorandrängende Revolution. Ungleichere konnten die Kräfte nicht vertheilt sein. Und was war der Erfolg? Kaum war das aufständische Gebiet, von einem Ende zum andern, mit Feuer und Schwert verwüstet, jeder Widerstand niedergeworfen, so loberte der Brand wieder in irgend

H

einer Ecke auf, und die Mutarbeit hatte von Neuem zu beginnen — bis die Sieger erlahmten. Ein Beweis, wie er schlagender nicht gedacht werden kann, daß es absolut unmöglich ist, eine Idee, und wäre sie auch eine falsche, mit Gewalt zu überwinden oder durch irgend einen Machtspruch wegzubekretiren. Unsere Partei ist eine Partei der Wissenschaft. Die Wissenschaft steht der Religion feindlich gegenüber — aber sie kann und will sie nicht niederschlagen. Die Wissenschaft sorgt für gute Schulen, das ist das beste Mittel gegen die Religion. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.) Und im Uebrigen bekennen wir Farbe. Also ich bin für Beibehaltung des Satzes. In einem Privat Schreiben wurde ich neulich ersucht, ich möge doch dahin wirken, daß unserm Programm die alte demokratische Forderung der Trennung der Kirche von der Schule, der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staat ausgesprochen werde. Das wäre indeß ein Rückschritt. Indem wir die Religion zur Privatfache erklären, trennen wir eo ipso die Religion vom Staat, und die allgemeine und gleiche Erziehung durch den Staat schließt selbstverständlich die Trennung der Schule von der Kirche mit ein. Die Fassung unseres Programms ist weit besser, umfassender und prinzipiell richtiger, als jene alte, die sich heiläufig noch in unserem Eisenacher Programm befunden hat.

Es kommen nun die Forderungen „innerhalb der heutigen Gesellschaft“ — das heißt die dritte Abtheilung des Programms, so daß wir also eine weitere oder allgemeine, eine engere und eine noch engere haben. Hier wird geändert werden müssen. Daß den Forderungen der Partei eine möglichst kurze, klare und scharfe Darlegung der Prinzipien vorausgeht, ist in der Ordnung; aber sie hat gewissermaßen das Fundament zu sein, auf dem die Forderungen sich erheben. Die Forderungen selbst in Forderungen schlechthin, und in solche „innerhalb des heutigen Staates“ zu trennen, ist sicherlich nicht zu rechtfertigen. Wo soll die Grenzlinie sein? Stellen wir nicht alle unsere Forderungen „innerhalb des heutigen Staats?“ Und wo fängt der heutige Staat an? Wo hört er auf? Ist eine Grenzlinie zu ziehen zwischen dem heutigen Staat und dem sogenannten „Zukunftsstaat“ — um einmal das viel mißbrauchte Wort zu gebrauchen. Gehen beide nicht in einander über?

Diese Forderungen im heutigen Staat sind sehr mannigfaltiger Natur, und trotz engeren als engen Charakters zum Theil recht allgemein. Zum Beispiel gleich die erste Forderung:

„Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten.“

Wie allgemein! Und zugleich wie selbstverständlich! Gegen den Inhalt ist natürlich nichts einzuwenden — die Form läßt sich vielleicht bessern.

Die Forderungen bezüglich einer einzigen progressiven Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, bezüglich des unbeschränkten Koalitionsrechtes, des Normalarbeitstages und des Verbots der Sonntagsarbeit entsprechen noch heute unserem Standpunkte wie von vor 15 Jahren.

Als Ganzes sind die am Schlusse unseres Programms aufgestellten Forderungen des Arbeiterschutzes veraltet, von der Zeit überholt. Seit 15 Jahren find wir auf diesem Gebiet, wenigstens theoretisch, so weit gekommen. In jedem Wahlprogramm im kleinsten Städtchen Deutschlands sind seitdem weit radikalere und umfassendere Forderungen aufgestellt worden. Damals war das neu, und so unvollkommen es heute erscheint, damals war es eine That, eine bahnbrechende That. Und mit diesen Forderungen haben wir den heutigen Klassenstaat gezwungen, daß er die Arbeiterschutzesgebung als obersten Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wie rasch der Fortschritt auf diesem Gebiet ist, das zeigt sich besonders deutlich am Normalarbeitstag. Hätten wir 1875 eine bestimmte Zeit festgesetzt, so wäre es schon kühn gewesen, den zehnstündigen Normal-Arbeitstag zu fordern. Heute würde der zehnstündige Arbeitstag für uns in gewisser Beziehung schon ein überwundener Standpunkt sein, heute würden wir sagen müssen: acht Stunden; und nach zehn Jahren würde vielleicht der Achte-Stundentag wieder ein überwundener Standpunkt sein. Es war darum sehr vernünftig, daß das Programm nicht einen zeitlich definitiv bestimmten Normal-Arbeitstag, sondern einen „den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden“ fordert. Den Gesellschaftsbedürfnissen und dem Gesellschaftsfortschritt, auch das muß ausgedrückt werden. Durch die sich immer mehr vervollkommnende Technik, durch die bessere Art des Betriebes, durch die bessere Organisation der Arbeit wird die Arbeit immer produktiver und kann in Folge dessen beständig abgekürzt werden, sodaß man jetzt schon in einigen Kolonien Englands einen sechsstündigen Arbeitstag hat und in Australien einen fünfstündigen erstrebt. Mit Bezug auf unser Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit haben allerhand Leute gehöhnt: die Sozialdemokraten wollen nicht arbeiten, sie wollen faulenzgen. Dieses alberne, verleumderische Geschwätz kommt regelmäßig aus dem Munde von Leuten, die nicht wissen, was arbeiten heißt, die aber sehr wohl wissen, was faulenzgen ist. (Heiterkeit.) Lafargue hat diesem läppischen Geschwätz gegenüber das „Recht auf die Faulheit“, das ist auf Müße proklamiert. Der Mensch ist nicht ausschließlich zur Arbeit geboren; wir müssen, um Menschen zu sein, uns harmonisch ausbilden, — das können wir nicht ohne Arbeit; ohne Arbeit können wir überhaupt nicht leben. Die Arbeit ist folglich eine Nothwendigkeit. Aber mehr arbeiten als für den Zweck, Mensch zu sein, nothwendig ist, das

heißt den Zweck dem Mittel opfern. Nicht um zu arbeiten leben wir, sondern wir arbeiten, um zu leben. (Sehr richtig!)

Ich muß nun noch nachträglich bemerken, daß neuerdings vorgeschlagen worden ist, es solle im Programm ausgesprochen werden, daß die Sozialdemokratie die Republik erstrebe. Ob es nöthig ist, das auszusprechen, will ich dahingestellt sein lassen. Daß das Staatsideal auf einem demokratischem Boden, einer auf dem Boden der Gleichheit und Freiheit stehenden Partei die Republik ist, versteht sich für jeden denkfähigen Menschen einfach von selbst. Auf der andern Seite wissen wir auch sehr wohl, daß auch in dem republikanischen Klassenstaat, auch in den Bourgeoisrepublikan das Gleichheitsprinzip genau ebenso verletzt wird wie in den Monarchien — und zwar durch jeden Bourgeois. Deshalb steht das Postulat politischer Gleichheit, obgleich wir sie natürlich erstreben, für uns nicht so im Vordergrund, wie f. B. für die bürgerlichen Parteien. — Mir persönlich ist es gleichgültig, ob dieser Vorschlag angenommen wird, oder nicht — für uns handelt es sich vor allem um die soziale, die ökonomische Gleichheit, welche die politische von selbst bedingt, während das Umgekehrte nicht der Fall ist.

Ich komme zum Schluß. Ich habe vorher ausgeführt, daß, und warum es bisher unmöglich war, das Programm zu reformiren, und Ihnen schon jetzt einen neuen Entwurf vorzulegen. Wenn da eine Schuld ist, sind Sie Alle mitschuldig, insofern aus dem Schooße der Partei über das Programm Vorschläge in nennenswerthem Maße nicht gekommen sind, und eine Diskussion im größeren Stil nicht stattgefunden hat. Uebrigens ist dadurch, daß wir das Programm noch nicht reformirt oder revidirt haben, der Partei kein Nachtheil erwachsen. Dies Programm, das Einigungsprogramm, oder Gothaer Programm, ist uns 15 Jahre lang eine Sturmfahne gewesen, die der Partei auf ihrem ununterbrochenen Vormarsch, in all ihren Kämpfen, vorangetragen worden ist. Es war ein Führer und Kompaß, der uns den Weg zeigte, ein Leitstern, der unsere Schritte lenkte. Die Fahne ist zerseht und zerhossen worden, aber sie hat uns zum Siege geführt; in ihr verkörpert sich ein ruhvolles Stück Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterpartei; und ich will bloß wünschen, daß das neue Programm, die neue Fahne, die wir den Erfordernissen der Zeit entsprechend, uns schaffen werden, der deutschen Sozialdemokratie ebenso glorreich im Kampfe vorangetragen werden möge, wie diese alte, verfolgte Sturmfahne. (Bravo!) Und schlecht ist dies Programm wahrhaftig nicht gewesen und ist es jetzt nicht. — Trotz seiner Mängel spricht es im Großen und Ganzen die Ziele und das Wesen der Partei aus, und — bloß als Programm betrachtet, ohne Berücksichtigung der Partei — steht es thurnhoch über den Programmen aller anderer

Parteien, es ist thatsächlich das einzige politische Programm, welches in Deutschland existirt. Keine der bürgerlichen Parteien hat ihre Forderungen zusammengefaßt und formulirt — auch nicht die konservative und nicht die Centrums-Partei. Keine andere Partei hat mit der Rücksichtslosigkeit, die nur dem guten Recht eigen ist, und wie wir sie in unserem Programm beweisen haben, ihre letzten Ziele hingestellt, keine sich eine solche Richtschnur gegeben, wie wir in diesem unserm Programm. Es hat die Partei nicht falsch geführt, und wir wären Thoren gewesen, wenn wir, ehe wir aus der heißen Schlacht gekommen, es hätten bei Seite werfen und in der Eile durch ein anderes ersetzen wollen. Das Programm ist uns lieb geworden. Seine Mängel hat Jeder von uns gefühlt, in vielen Reden vor den Wahlen ist die Nothwendigkeit der Reform betont worden. Vollkommenes kann niemals geschaffen werden. Das Programm, welches wir in einem Jahr uns geben werden, wird sich gleichfalls überleben. Die Welt geht eben im Sturmschritt voran. Dieses alte Programm, selbst ein Theil der Parteigeschichte ist, leichtsinnig zu vertauschen mit einem rasch über Nacht zusammengestoppeltem neuem Programm, wäre einfach eine Tollheit, eine Impietät gewesen. Das neue Programm soll auch gut werden, und „gut Ding braucht Weile.“ Die Gegner haben gesagt, das Sozialistengesetz sei für uns ein eiserner Keil gewesen, der die Partei gewaltsam zusammengehalten habe und die Partei werde zerfallen, wenn das Sozialistengesetz aufhöre. Wohlan, der 1. Oktober und dieser imposante Kongreß haben bewiesen, wie falsch unsere Gegner urtheilen, haben sie Lügen gestraft. Einiger hat die Partei sich nie gezeigt, einiger, ja so einig war sie nie zuvor. Aber ist diese Einigkeit etwa allein herbeigeführt worden durch den gemeinsamen Kampf gegen das Sozialistengesetz und dessen Urheber und Vollstrecker? Nein, wenn das Sozialistengesetz ein eiserner Keil war, dann war unser Programm ein diamantines Band für uns. (Lebhaftes Bravo!) Mit unserem Programm haben wir das Sozialistengesetz, diesen eisernen Keil, zerbrochen — es hat sich also stärker erwiesen. Diamant ist ein griechisches Wort, Adamas, das heißt: „das nicht zu Bändigende,“ das „Unbesiegbare,“ und dieses Band der Unbesiegbareit, welches das alte Programm uns gewesen ist, möge und wird uns auch das neue Programm werden. Das neue Programm soll es zu lebendigem Ausdruck bringen, daß die Partei stets fortschreitet, daß es für uns keinen Stillstand giebt auf ewige Zeit, denn Stillstand ist Untergang. Die Wissenschaft ist für uns der Boden, auf dem wir unüberwundlich sind, wie es für jenen Riesen des Alterthums die Mutter Erde war. Die Wissenschaft ist die Mutter des Sozialismus; wenn wir sie verlassen, dann sind wir verloren. Auf dem Boden der Wissenschaft

H

und der Wirklichkeit sind wir unbesiegbar und werden alle unsere Feinde überwinden! (Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

Vorsitzender Dieß: Nach dieser vortrefflichen Rede Liebknecht's schlage ich vor, die Diskussion bis morgen zu vertagen. Damit ist der Parteitag einverstanden. — Es ist angefragt worden, ob die Rede des Genossen Liebknecht gedruckt werden wird. Ich kann mittheilen, daß die Rede thunlichst ihrem ganzen Wortlaute nach in das Protokoll aufgenommen werden wird. (Bravo!) Damit sind Sie einverstanden.

Es ist eine weitere Reihe von Telegrammen eingegangen.

Liebknecht bringt nunmehr folgende Resolution ein:

In Erwägung:

daß das von dem Einigungskongreß zu Gotha im Jahre 1875 beschlossene Parteiprogramm, so trefflich es sich auch in den Kämpfen der letzten 15 Jahre, namentlich unter dem Sozialistengesetz bewährt hat, dennoch nicht mehr in allen Punkten auf der Höhe der Zeit steht, wie das schon von früheren Parteikongressen ausgesprochen worden ist,

beschließt der Parteitag:

Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidirten Parteiprogramms vorzulegen und den Entwurf mindestens 3 Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.

Schluß der Sitzung 6½ Uhr.

## Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 16. October 1890.

Vorsitzender Dieß eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Es ist abermals eine ganze Reihe von Telegrammen und Begrüßungszuschriften eingegangen.

Die Genossen Fr. W. Höppner, Georg Horn, August Frauenlob (Dresden-Land), Ernst Meßing, L. Müller (Dresden-Stadt), Emanuel Wurm (Pirna) und Raden (Dresden) geben folgende Erklärung zu Protokoll:

Der Genosse Schönfeld erklärte, daß in Bezug auf die Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zum 1. Mai die Arbeiter Dresdens und der Umgegend vollständig auf Seite der Zeitung gestanden, und doch wäre diese Haltung nicht im Einklang mit den Ansichten der Fraktion gewesen. Sollte also dem Parteivorstand die Auf-

H

sicht über die prinzipielle Haltung der Presse aufgetragen werden, könnten gleiche Vorgänge zur Maafregelung des Organs führen.

Wir erklären, daß die Arbeiterschaft Dresdens und Umgegend in prinzipieller Beziehung der 1. Mai-Feier vollständig sympathisch gegenüberstand, in Bezug auf die praktische Ausführung jedoch keineswegs der Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zustimmte. Die Genossen hatten jedoch zu keiner Zeit einen genügenden Einfluß auf das Blatt, um ihre Meinung geltend zu machen.“

Singer (zur Geschäftsordnung): In der heutigen Nummer des hiesigen „Generalanzeiger“ wird eine Notiz verbreitet, wonach die meisten Führer der Partei mit den französischen Gästen in einem hiesigen Hotel eine geheime Berathung gehabt haben sollen. (Gelächter.) Ich würde der Lächerlichkeit dieser Behauptung gegenüber, es nicht für nothwendig erachtet haben, ein Wort zu verlieren. Wir haben, in Rücksicht auf die Nothwendigkeit der freiesten öffentlichen Verhandlung, der Presse einen Raum in diesem Saale eingeräumt, der weit über das hinausgeht, was wir eigentlich in Rücksicht auf unsere Delegirten uns selbst schuldig wären. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben aber gemeint, den vor Zutritt des Kongresses schon erhobenen Verdächtigungen dadurch am besten entgegenzutreten zu können. Wir kümmern uns um das, was die gegnerische Presse von unseren Verhandlungen bringt, garnicht. Wir verlangen weder die Vorlegung der Berichte, die die Herren schreiben, noch wollen wir irgend einen Einfluß auf ihre Berichte ausüben. Wogegen wir aber ein Recht haben zu protestiren, das sind lügnerische, verleumderische Behauptungen. (Sehr richtig!) Die Notiz des „Generalanzeiger“ ist von diesem Kaliber. Wir haben keinen Grund, mit unseren ausländischen Genossen in „geheime“ Berathung zu treten. Das, was wir gemeinsam wollen, das wollen und können wir so öffentlich sagen und bethätigen, daß die Gegner ihren Schrecken daran haben werden. (Bravo!) Zudem ich im Namen des Parteitagess jene Behauptung als eine Lüge bezeichne, beantrage ich zugleich das Einverständnis des Parteitagess, daß für den Fall dieser Herr Berichterstatter sich im Saale befinden sollte, er sich von diesem Moment an als ausgewiesen zu betrachten hat. (Lebhafte Bravo!)

Hermann-Dresden erklärt, daß er seine Unterschrift unter die Dresdener Erklärung nicht gesetzt habe, weil in der That die Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zur 1. Mai-Feier im Einklang gestanden hätte zu der Haltung der Genossen in Dresden.

Kaden-Dresden: Unsere Erklärung beruht auf Thatfachen. Wir sind dafür gewesen, daß der 1. Mai so weit wie thunlich gefeiert werde, das heißt, soweit nicht dadurch Maßregelungen entstehen

konnten. Ein großer Theil der Arbeiter war mit den Aufforderungen der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ nicht einverstanden.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein: Generaldiskussion über den Bericht Liebknecht's, betreffend das Parteiprogramm.

Es stehen folgende Anträge zur Diskussion:

1. Die oben mitgetheilte Resolution Liebknecht's.

2. Die Resolution von Fritz Verndt-Berlin v.:

Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den V. Berliner Wahlkreis spricht sich entschieden dafür aus, daß die Revision des Parteiprogramms nicht verschoben wird. Sie beantragt folgende Aenderung des Parteiprogramms:

1. Die Forderung: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ wird statt an die sozialistische Gesellschaft an den heutigen Staat gestellt. — 2. Der die Produktiv-Assoziationen betreffende Satz wird gestrichen. — 3. Jede Beschränkung von Frauenarbeit, im Unterschied von der Männerarbeit, fällt. Die Forderung des gleichen Lohnes für Mann und Frau fällt, weil ihre Durchführung thatsächlich zur Verdrängung der Frauenarbeit führt. Nur das Verbot der Nachtarbeit verheiratheter Frauen ist zu fordern. — 4. Die Forderung des politischen Wahlrechts der Frauen wird in das Programm aufgenommen und zwar unter die Forderungen an den heutigen Staat. — 5. Abschaffung der Gefindeordnung. — 6. Verbot der Naturalienlöhnung an die ländlichen Arbeiter. — 7. In den die Einkommensteuer betreffenden Passus wird die Steuerfreiheit der Einkommen unter dreitausend Mark aufgenommen.

3. Antrag J. Stern:

1. Dem letzten Theil des Programms (Forderungen vom heutigen Staat) die weitere Forderung anzufügen:

„Der Staat hat die Pflicht, allen Erwerbslosen aus Staatsmitteln ausreichenden, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechenden Unterhalt zu gewähren, ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte.“

2. Im allgemeinen Theil des Programms von der Sozialdemokratie, neben dem Charakter der Klassenbewegung, auch den Charakter der Kulturbewegung zu betonen.

4. Antrag von Guben:

Den Absatz im Programm betreffend die Produktivgenossenschaften zu streichen.

5. Antrag Dr. Rüd. Heibelberg:

Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, bei der Ausarbeitung der Programmvorlage in Erwägung zu ziehen, ob das Partei-Interesse es nicht verlange, daß die Forderungen des

H

H

Gotha-Bydener Programms: „Erklärung der Religion zur Privat-  
sache“ abgeändert werde wie folgt:

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands greift zwar  
in die religiöse Ueberzeugung der einzelnen Parteigenossen  
unmittelbar nicht ein, sie steht, aber als revolutionäre Partei,  
auch in religiöser Beziehung auf dem Boden der freien  
wissenschaftlichen Forschung. Infolge dessen verwirft sie  
prinzipiell jeden Dogmenglauben als eine Quelle geistiger  
Knechtschaft und als gewaltiges Hindernis des Emanzipations-  
kampfes des Proletariats, und bekämpft jede Kirche, die auf  
Grund der Glaubensdogmen den sozialen und politischen  
Befreiungsbekämpfungen der Arbeiterklasse entgegentritt.

6. Antrag der Frauen Ihrer, Gundelach, Blohm und  
Steinbach:

Zu Abtheilung 3 des Programms wünschen wir den § 5 so  
lautend: Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren. Beschränkung  
aller die Gesundheit besonders schädigenden Arbeit auf höchstens  
6 Stunden täglich.

§ 6. Zwischen: gewählte Beamte und — — — ein wirk-  
sames: „insonderheit für die gewerbliche Frauenarbeit, weibliche  
Beamte.“

Der Vorsitzende stellt bezüglich des Antrages Berndt die Unter-  
stützungsfrage; der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Guttenstein-Karlsruhe: Das Parteiprogramm ist das punctum  
salienis unserer Verhandlungen. Die Beschlüsse über den Organisations-  
entwurf können von den Regierungen umgestoßen werden, bei dem  
Parteiprogramm haben lediglich und allein die Sozialdemokraten  
mitzureden. Der erste Ruf unserer Gegner bei jeder Wahlbewegung  
heißt: Heraus mit Eurem Programm! Unser Programm ist der  
Hiebesschlag der sozialistischen Wissenschaft.

Während der 12 Jahre des Sozialistengesetzes war die sozialistische  
Literatur unterdrückt, und nur kleine Broschüren konnten auf ver-  
botenen Wegen verbreitet werden. Sie werden mir zustimmen, daß  
sogar einzelnen Genossen die Bestimmungen des Programms wiel-  
fach unbekannt sind. Es war keine Gelegenheit geboten, in den  
engeren lokalen Kreisen das Programm zu diskutieren, während es  
doch unbedingt erforderlich ist, daß die einzelnen Organisationen  
nicht von heute auf morgen, sondern monatlang sich mit jedem  
Punkt des Programms in jeder Richtung eingehend befassen. Die  
sozialdemokratische Partei ist keineswegs bloß eine Arbeiterpartei;  
die Arbeitererschaft allein kann die soziale Frage nicht lösen ohne  
Mithilfe der Theoretiker, der gebildeten Sozialdemokraten. Was  
wir heute bringen, ist nur schätzbares Material für die Feststellung  
des künftigen Programms.

Hierbach-Königsberg (Neumark): Was zunächst unsere

H

Stellung zur Religion betrifft, so werden uns die trefflichen Aus-  
führungen Diebnecht's überzeugt haben, daß dieser Punkt des alten  
Programms stehen bleiben muß. In Punkt 4 sollte, anstatt Normal-  
arbeitstag, besser „Maximalarbeitstag“ gesagt werden. Es muß  
eine feste Norm vorhanden sein. Bei Einführung des Normal-  
arbeitstages wäre den Kapitalisten Gelegenheit geboten, je nach Be-  
durf auch wieder über diese Grenze hinweg arbeiten zu lassen, der  
Normalarbeitstag würde eine Waffe zu Gunsten der besitzenden  
Klassen werden. Mit der Wahl einer Kommission bin ich ein-  
verstanden.

Blas: Beschränken wir uns auf diejenigen Punkte, bei denen  
wir einmütig sind. Dies sind namentlich die ökonomischen und  
theilweise auch die politischen Sätze in unserem Programm. Ich  
begreife kaum, wie von so mancher Seite beantragt wird gerade  
die Bestimmungen über die Religion abzuändern. Jeder, der einmal  
agitatorisch thätig gewesen ist, wird wissen, daß dieser Punkt des  
Programms uns sehr gute Dienste geleistet hat (Sehr richtig!),  
und wir würden ungewisselhaft eine ungeheure Thorheit begehen,  
wenn wir ihn ändern würden. (Sehr richtig!) Gerade jetzt, wo  
ein ganz neuer Kampf mit dem Centrum beginnen wird, würden  
wir mit einer derartigen Aenderung ohne Zweifel dem Centrum  
Waffen in die Hände liefern, die es bisher garnicht besaßen. (Sehr  
richtig!) Dieser Partei würde es ohne Zweifel gelingen, die Massen  
zu einem religiösen Fanatismus zu entflammen, der unserer Agitation  
die größten Hindernisse bereiten würde. Wir können auf diesem  
Gebiete der freien wissenschaftlichen Forschung und unserer Partei-  
literatur ruhig ihren Lauf lassen, wir dürfen unsere Partei nicht  
zu einem Laboratorium für freireligiöse und freidenkerische Experi-  
mente machen. (Bravo!) Ich begreife, daß diese Strömung, wie  
sie namentlich die Berliner Genossen ergriffen, sich in einen Antrag,  
wie den von Müdt, verdichtet hat. Müdt sagt zwar, man wolle  
nicht unmittelbar in die religiösen Anschauungen eingreifen, dieser  
Bordersatz ändert aber nichts an der Tendenz des Antrages. Wir  
sollen einen Punkt aufnehmen, welcher der freireligiösen und frei-  
denkerischen Richtung entspricht. Darauf wollen wir uns aber schon  
nun deshalb nicht einlassen, weil nachher ganz ungeahnte Schleusen mit  
neuen Wünschen sich eröffnen würden, die uns unangenehm werden  
könnten. Es könnten schließlich auch die Vegetarianer kommen, sogar  
die „Wollenen“. (Geisterzeit und Weisfall.)

Die ländliche Agitation hat schon der St. Gallerer Parteitag  
behandelt. Leider haben wir bisher nicht Gelegenheit gehabt, etwas  
Praktisches zu schaffen. Gestehe wir es nur ein: sozialdemokratische  
Bauern, im eigentlichen Begriff giebt es bis heute nicht. Unsere  
Agitation ist in dieser Beziehung von Erfolg nicht begleitet gewesen,  
einerseits der ökonomischen Verhältnisse wegen, andererseits, weil

H

wir die Bestimmungen in unserem Programm, die wir für eine solche Agitation brauchen, bis jetzt nicht gehabt haben. Wir brauchen, um das ländliche Proletariat zu unserer Bewegung heranzuziehen, vor allen Dingen praktische Forderungen. Wir müssen vor allem unsere Agitation darauf richten, die Lage dieser abhängigen Landbevölkerung einigermaßen zu erleichtern durch eine praktische Tätigkeit der Gesetzgebung u. s. w. Die große Lüge, daß das patriarchalische Verhältniß die Lage des Landvolkes angenehmer machen könnte, hinter der sich die ganze mittelalterliche Brutalität verbirgt, muß gründlich enthüllt werden. Verlangen wir, daß das ländliche Proletariat der Gesindeordnung entzogen wird; das wird uns ein ungeheures Material für die Agitation in die Hände geben. Zunächst müssen wir prinzipiell und sozial-ökonomisch unsere Forderungen gegenüber der Landbevölkerung formulieren. Dazu gehört allerdings ein gewisses Studium; es wird nicht leicht sein und man wird sich gegenwärtig halten müssen, daß die Verhältnisse auf dem Lande ganz andere sind, als in der städtischen Industrie. Mit allgemeinen Redensarten richten wir hier gar nichts aus, noch weniger, wenn wir die auf die städtischen, industriellen Arbeiter zugeschnittenen Programmpunkte auf die ländlichen Arbeiter übertragen wollen. (Bravo!)

Liefänder: Wir haben seit Jahren die Produktivassoziationen gefordert. Ich habe bis jetzt noch keinen Vorschlag gehört, der diesen Programmpunkt erledigen will. Ich meine, um die Lösung der Frage in unserem Sinne anzubahnen, müssen wir sie gründen; es soll ja nur ein Uebergang sein. — Unter den heutigen Verhältnissen werden wir ein proportionales Wahlsystem nicht bekommen, damit würde ja die heutige Gesellschaft sich selbst aufgeben. — Wie das Volk Recht spricht, hat Liebknecht schon richtig geschildert; um das zu sehen und zu würdigen, braucht man nur einer Schöffengerichtssitzung beizuwohnen. Der alte Satz: „Religion ist Privatangelegenheit“ sollte doch eine Aenderung erfahren; am besten würde er ganz gestrichen, weil sich an ihn fortwährend neue Angriffe und neue Kritiken knüpfen — oder wir können ihn auch behalten, wie er früher war. (Große Heiterkeit und Beifall.) Most hat seiner Zeit für den Austritt aus der Landeskirche agitiert, aber diese Agitation hat nicht die erhofften Früchte getragen.

Auerbach-Berlin V.: Es ist mir gestern in Privatunterhaltungen gesagt worden, daß es gar keinen Werth hätte, sich auf die Diskussion des Programms einzulassen. Ich kann dem nicht beipflichten. Monatelang ist in den Versammlungen und in der gesammten Presse soviel davon die Rede gewesen, daß es mehr als bedenklich sein würde, wenn wir hier nicht in eine ausführliche Erörterung eintreten würden. Die bürgerliche Presse und die Gegner würden immer und immer wieder ihre alte Behauptung wiederholen: das

H

ist eine Partei, die nicht einmal ein festes Programm hat, die es erst auf dem nächsten Parteitage machen will! Darum müssen wir wenigstens die allgemeinen Gesichtspunkte aufstellen.

Was den Namen betrifft, so wissen wir ja, was wir unter der „sozialistischen Arbeiterpartei“ zu verstehen haben. Aber die christlich-sozialen Oberwinder und Genossen pflegen auch zu sagen, wir sind Arbeiter und nebenbei Sozialisten. Es wäre deshalb doch vielleicht ganz gut, wenn wir „sozialdemokratische Arbeiterpartei“ sagten. — Ueber den Kardinalpunkt unseres Programms, die Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung, hat Liebknecht sich gestern so glänzend ausgesprochen, daß da nichts mehr hinzuzusetzen ist. Ich bin dafür, das Wort „gesetzlich“ nicht wieder aufzunehmen, sondern es bei „mit allen Mitteln“ zu belassen; wir haben nicht nötig, den herrschenden Klassen gegenüber irgend einen Vorbehalt zu machen, die uns als Untermittler ihrer Gesellschaft, und mit Recht, betrachten. Die Gleichberechtigung der Frauen auch bei den Wahlen stärker in Programm und auch bei unserer Agitation zu betonen, wäre sehr nützlich; bisher ist letzteres noch sehr vernachlässigt worden, und unter den „Staatsangehörigen“ hat man fast überall nur die Männer verstanden. Fordern wir also stets das gleiche aktive und passive Wahlrecht auch für die Frauen. Den „kirchlichen“ Punkt: direkte Gesetzgebung durch das Volk, möchte ich so lassen, wie er ist. Das Wählen soll doch nur ein Agitationsmittel sein, und kann es ein glänzenderes Agitationsmittel geben, als wenn wir verlangen: direkte Gesetzgebung durch das Volk, wo jedes Gesetz dem ganzen Volke vorgelegt wird. An der „Rechtsprechung durch das Volk“ wollen wir auch nicht rütteln; wenn hier und da ein Schwur- oder Schöffengericht einen falschen oder schlechten Spruch abgibt, so kann das für eine Aenderung kein durchschlagender Grund sein. Beide Gerichtsformen sind ein Schritt zum besseren, und es ist ganz erzprieplich, wenn Leute aus dem Volk den Richtern beigegeben werden. Das Volk weiß, wo es der Schuch drückt, darum sollen Männer des Volkes die Rechtsprechung haben. Die Eingangsformel „möglichste Ausdehnung dieser Rechte und Freiheiten“ möchte ich geändert wissen; ich will keinen Unterschied zwischen der heutigen und der künftigen Gesellschaftsordnung in Programm, nicht „möglichste“ Ausdehnung dieser Rechte, nein, alles wollen wir fordern! Ob man es uns giebt, ist gleichgiltig. Die einzelnen Programmforderungen bezüglich des Arbeiterschlusses werden wir nach den Beschlüssen des Pariser Kongresses unzuändern haben. Den Unterschied zwischen Männer- und Frauenarbeit bitte ich Sie im Parteiprogramm fallen zu lassen. Für mich giebt es keine verschiedene Sittlichkeit von Mann und Frau, welche geschädigt werden kann; für mich giebt es nur eine allgemeine Sittlichkeit, und reaktionär von uns wäre es, wenn wir die Frau, welche sich wirtschaftlich

H

selbstständig machen will, irgendwie in ihrer Erwerbsthätigkeit beschränken wollten.

Noch eine Bemerkung zur Geschäftsordnung. Wir sind in einer Zwangslage; wir haben in St. Gallen beschloffen, daß dem nächsten Parteitag ein Programmentwurf vorgelegt werden soll. Das Komitee hat uns keinen Entwurf vorlegen können und kann sich auch nicht hinsetzen und bis morgen einen solchen ausarbeiten. Da bitte ich nun, den Entwurf schon 6 Monate vor dem nächsten Parteitag zu publiziren, damit zur Durcharbeitung allen Interessirten genügende Zeit bleibt. Endlich eine Berliner Bemerkung. (Geisterzeit.) Ich gebe die Erklärung ab, daß wir Berliner; trotz aller Unterschiede in der Taktik; das veränderte, das neue Programm ansehen werden als einen rocher de bronze und es gemeinsam mit allen Genossen aus der Provinz hochhalten werden für alle Zeit. (Beifall.)

Ehrhardt-Ludwigshafen: Ich begrüße mit Freuden die allseitigen Bestrebungen in unserer Partei, das Programm zu ergänzen, denn das ist, auch im Hinblick auf seine praktische Ausführung ein Bedürfnis. Wohin wir uns wenden, wir treten einem Reichstagsabgeordneten, oder einem Landtagsabgeordneten, oder mindestens einem Stadtrath auf die Hüftneraugen (Geisterzeit); es ist also unsere Pflicht, unser Parteiprogramm möglichst deutlich zu machen, damit unsere Parteigenossen bei der Agitation eine Schablone haben. Unser Programm ist für uns die Fahne, um die wir uns unter allen Umständen schaaren. In letzter Zeit ist uns durch verschiedene Umstände die Agitation sehr erschwert worden, nicht zum wenigsten durch die Berliner, welche mit ihren langwierigen Berathungen über die Religion uns in der Provinz beständig den Prügel zwischen die Beine geworfen haben. (Sehr richtig!) Nichts ist erbärmlicher, als wenn ich in einer Centrumsversammlung immer wieder Aeußerungen aus jenen Versammlungen vorgehalten bekommen mit dem Beifügen: „Ihr wollt die Religion beseitigen oder sie bloß vorläufig noch bestehen lassen, um den „dummen Bauern“ nicht vor den Kopf zu stoßen.“ Wenn ich nun vor diesen Bauern stehe, muß ich immer erst den Mist wegräumen, den die Berliner aufgeladen haben. (Zustimmung und Widerspruch.) — Zu den Schlussforderungen an den heutigen Staat habe ich einen Vorschlag. Ich habe die Verstaatlichung der Apotheken im Auge. Keine der heutigen Einrichtungen eignet sich besser zur Verstaatlichung. Wie wirksam muß diese Forderung als Agitationsmittel sein, wenn man erwägt, wie erbärmlich es heute um die Verpflegung der Armen mit Mikrokamenten bestellt ist! — Ueber den sogenannten Zukunftsstaat müßte möglichst rasch ein kleines Brochürchen, eine Art Katechismus herausgegeben werden. Wir wissen nicht, wie lange die heutige Aera der sogenannten Freiheit dauert; es darf keine Minute veräußert werden, um das, was wir dem Volke zu sagen

H

haben, in die Massen zu werfen. Verwenden wir in ausgebreitetem Maße den Niefenfonds, der hinter uns steht, nicht zu Unterstützungszwecken! Im nächsten Jahre wollen wir soviel arbeiten, wie in den verfloffenen zehn Jahren zusammen, aber praktisch, nicht nur theoretisch; ob das Wort im Programm so oder so lautet, ist minder wichtig, in der Sache sind wir ja einig! (Beifall.)

Schwarz-Hamburg: Gegenüber den vielen Ausführungen der letzten Zeit in der Religionsfrage stehen wir so: Der Staat soll sich nicht in Religionsangelegenheiten mischen; wer das Bedürfnis hat, einer Religionsgemeinschaft anzugehören, hat die Kosten dafür zu tragen, nicht aber soll der Steuerfäkel des Volkes herangezogen werden, um Pfaffen zu besolden. Auch in Hamburg hat sich jüngst eine Agitation etwas breit gemacht, welche auf den Massenaustritt aus der Landeskirche hinarbeitet. Das wäre falsch; das Landvolk würde dann en masse von uns zurückweichen. In der ländlichen Presse wurde dies besonders gegen uns ausgeschlachtet. Darum muß dieser Agitation entgegengewirkt werden. Ich empfehle, den Passus „Religion ist Privatsache“ unverändert bestehen zu lassen.

Mollenbahr: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es eigentlich völlig überflüssig ist, in unserm Programm Bestimmungen über politische Tagesfragen zu haben. Dazu sollte in Resolutionen Stellung genommen werden, für deren Vereinbarung die Parteitage, die wir ja jetzt öfter haben werden, der Ort sind. Das Programm muß die Endziele festlegen, sollte sich aber mit Tagesfragen nicht befassen. Sonst kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus, daß wir fast jedes Jahr das Programm ändern müssen, weil uns jedes Jahr neue Fragen aufgedrängt werden. Auch tritt uns dann unser Programm bei der Agitation gewissermaßen hemmend in den Weg; sehen diese oder jene bestimmten Forderungen im Programm, so können die Leute daraus schließen, wir wollten nichts anderes, nichts weiter, als was darin steht, und dabei können doch immer neue berechnigte Forderungen auftauchen, denen Rechnung getragen werden muß. Zu der Frage „Religion ist Privatsache“ glaube ich, als Bewohner des platten Landes und nach den Erfahrungen meiner Thätigkeit auf den Dörfern, berechtigt zu sein, mich auch hier zu äußern. Man will den Passus aus dem Programm beseitigen, weil wir doch den Atheismus als Produkt der wissenschaftlichen Forschung fordern. Nehmen wir alle Produkte wissenschaftlicher Forschung auf, dann haben wir kein Programm mehr, dann könnten wir ganze Bände herausgeben. Wir sind doch zunächst eine politische Partei, und können als solche doch unmöglich die gesammte Wissenschaft in unser Programm hineinschreiben. Aus dem Verlangen, daß ein zielbewußter Sozialdemokrat mit der Landeskirche brechen müsse, folgert man auf dem Lande, daß, wenn die Sozialdemokratie zur

H

Herrschaft gelangt, Jedem seine Religion verboten, eine große Kezer-richterei in dem umgekehrten Sinne veranstaltet werden würde, daß man die Gläubigen verbrenne. Und das folgert man mit ziemlicher Nothwendigkeit, wenn wirklich verlangt wird, daß keiner in der Partei gebildet werden soll, der zu einer Kirche gehört. Durch diese Agitation wird auch ein Mißverständnis insofern hervorgerufen, daß man die freien Gemeinden auf Kosten der sozialistischen Partei zu stärken sucht, denn auf etwas Anderes läuft doch die ganze Sache nicht hinaus. Wir wollen doch keinen Gewissenszwang gegen uns, beanspruchen vielmehr völlige Gedankenfreiheit; also müssen wir sie auch den anders Denkenden lassen. Auf dem Lande kommen wir mit der Religion am besten voran, wenn wir sie ganz aus dem Spiel lassen. Wenn die Leute auf den Dörfern unser Programm, unsere Hauptforderungen kennen gelernt haben, sind sie schon halbe Sozialisten geworden; nun können die Pfaffen es sich nicht versagen, über die Sozialdemokraten herzufallen; sie kommen dann in ihren Predigten auf das Theilen, die Abschaffung der Ehen und alle anderen Lügen. Gerade das ruft dann den Widerspruch der schon halb zu Sozialdemokraten Gewordenen hervor, weil sie sehen, wie leichtfertig da von den Pfaffen Lügen in die Welt gesetzt werden; das macht sie schwankend, und vielfach haben es auf diese Weise in manchen hollsteinischen Orten, wo Sonntags früher ziemlich die ganze Bevölkerung in die Kirche ging, die Herren mit ihren früheren Kirchgängern verdröhen. So entsteht von selbst, was jene Heißsporne mit Gewalt herbeiführen wollen. Wir stehen ja doch nicht thurmhoch erhaben über der Bevölkerung; wir wollen sie doch zu unseren Auffassungen herüberziehen; da dürfen wir sie nicht auf diesem Wege zurückstoßen und zwischen ihr und uns eine Scheidewand aufrichten. Das geschähe aber auch dann schon, wenn wir bloß die Nothwendigkeit, Atheist zu sein, betonen würden.

In der Frage der Verstaatlichung von Grund und Boden werden wir, im Interesse der ländlichen Agitation, jedenfalls eine Schrift verfassen müssen, die diesen Punkt festlegt und unseren agitatorisch auf dem Lande wirkenden Genossen eine Richtschnur bietet. Ich bin Zeit meines Lebens im Grunde nichts anderes, als ein Bauernagitator gewesen. Die Landleute sind nicht völlig unempfindlich für die sozialistischen Lehren, im Gegentheil findet man ein gut Stück praktischen Sozialismus schon oft auf dem Lande (Bravo!), beim Entwässerungswesen, beim Verwenden landwirtschaftlicher Maschinen, welche den Kleinbetrieb unmöglich machen, im Genossenschaftswesen u. s. w. Dadurch wird dem eigentlichen sozialdemokratischen Grundgedanken Vorschub geleistet; die Leute sind praktisch sozialistischer, als sie selbst glauben, und sagt man die Sache dann am richtigen Ende an, so werden sie auch für unser Programm zugänglich. Es liegt hier kein Fehler im Programm;

H

es fehlt nur an der nöthigen Litteratur, wonach sich jeder Agitator richten kann. (Beifall.)

Dr. Rüd: Ich habe das Wort zu einem sehr wichtigen Punkte unseres Programms erbeten und möchte zunächst jedes Vorurtheil gegen mich beseitigen. Ich bin weder ein Freireligiöser, noch ein Freidenker, ich bin ein Feind des Freidenkerthums und bekämpfe es; ich wünsche Ihnen allen: Tretet in die Sozialdemokratie ein, da ist der Platz, wo ihr kämpfen sollt! Ich weide auch nicht auf den Wiesen der grauen Theorie, sondern ich bin wahrscheinlich der praktischste Agitator der Partei. (Geiterkeit.) Das beweisen die Anforderungen, die an mich gestellt werden; ich habe in anderthalb Jahren 140 Reden gehalten. Die Parteigenossen in Bayern, Baden, Württemberg, im Schwarzwald können mir's überall bestätigen.

Ich bin nicht aus Opposition gegen unser Parteiprogramm zu meinem Antrag gekommen, sondern weil ich wünsche, daß unsere herrliche und erhabene Partei bewahrt bleibe vor dem Vorrurf der Heuchelei. Eine solche Partei muß auch wahrhaftig sein. Wir haben gestern selbst von Liebnicht gehört, daß er, wie die meisten andern, auf dem Standpunkt des Atheismus steht. Es soll das nicht ausgesprochen werden im Programm; ich verlange nur, daß wir offen und ehrlich als Partei erklären, daß wir, als Revolutionäre auf dem Standpunkt der Wissenschaft stehend, nichts mit den alten Hirngespinnsten, mit denen die Pfaffen unsere Ziele, unsere Pläne durchkreuzen, gemein haben. Ich habe draußen im Süden Deutschlands unendlich viel mit Pfaffen zu thun, — warum? weil sie uns die Sozialdemokraten vor der Nase wegnehmen wollen! (Geiterkeit.) Deshalb trete ich ihnen entgegen und sage ihnen: Ihr kommt zu spät; auf den Arbeiter macht ihr mit euren Hirngespinnsten keinen Eindruck mehr. Wenn sie vor das Volk hintreten und die Arbeiter warnen vor uns, den Sozialdemokraten, die alles, auch den lieben Herrgott, vernichten wollen, da müssen wir doch einschreiten und den Arbeitern zeigen, daß die Pfaffen sie an der Nase herumzuführen wollen. Das ist die Aufgabe des Agitators, das beweisen meine Erfolge in den katholischen Ländern. Als die Wahlen kamen, hieß es bei uns: nun wird's gefährlich sein, den Rüb auf's Land hinauszuschicken, den werden die Pfaffen todtschlagen. (Geiterkeit.) Aber als die Wahlen da waren, hat man den Rüb doch hinausgeschickt, wo die Pfaffen waren, und da hat er seine größten Erfolge gehabt. Als die Pfaffen vor zwei Jahren gegen Giordano Bruno vorgingen, behaupteten, er sei ein Efel und ein Schwein gewesen, da ging ich nach Rln, und die Rlnler können Euch erzählen, was ich da fertig gebracht habe. (Geiterkeit.) Ein freierer Geist war hineingetragen worden; der nützt immer und schadet nie. Dazu meine Erfahrungen im Rheinlande gegen Pastor Thümmel. Die Renscheider Parteigenossen hatten mir

H

geschrieben: wir können nicht fertig werden, wir kommen zu keinem Verein, wir stehen nach Thümmels Erfolgen als gemeine Verbrecher da, Niemand will sich zu uns bekennen. Da bin ich hingekommen und habe gewirkt. Ich bin also thatsächlich kein unpraktischer Parteiphilosoph. Liebknecht sagt selbst, man müsse den Muth haben, nicht vor den letzten Konsequenzen zurückzuschrecken; er hat 1869 in Basel den Kollektivismus auch an Grund und Boden offen verurtheilt; und wir sollten heute nicht den Muth haben, zu sagen: ja wohl! als Partei brechen wir vollständig mit der Meinung, als gehörten wir noch zu dem alten Pöpel, der dem alten Moses nachzieht? Liebknecht meint, die Schule werde schon helfen. Gewiß, aber nur, wenn sie aus den Händen der Pfaffen genommen wird. Bleibt sie so wie heute, oder kommt sie zu ihnen zurück, so haben wir keine Hoffnung, daß diese Schule Sozialdemokraten aus unseren Kindern machen wird. Auf der Pastorenkonferenz in Hannover haben wir ebenfalls dieselben Absichten wieder kennen gelernt: wir brauchen nur wieder einen schönen Himmel, den brauchen wir nur mit unseren schwarzen Kutten zuzudecken, dann wird der Staat mit uns zufrieden, und diese Abwendung wird wieder zurückgedrängt sein. Ich bin der festen Ueberzeugung, diese Abwendung wird nicht zurückgedrängt, aber sie kann gehemmt werden durch das Pfaffenthum. Haben wir nicht in der Geschichte die schlagendsten Beispiele dafür? Nachdem die Revolution niedergeworren war, sind da nicht diese Ideen von den Pfaffen wieder zur Geltung gebracht worden? Babel hat das wunderbare Prognostikon gestellt, daß jetzt unsere Thätigkeit stärker gegen die Ultramontanen gerichtet werden müsse; unser Kampf geht aber ebenso gegen die Stückeri und Muckerei, wie gegen den Ultramontanismus. Denn diese Brüder haben sich untereinander sehr gern und stehen auf demselben Boden. Wir handeln, wie ich praktisch erfahren habe, nicht ganz recht, wenn wir bei jenem alten Satze stehen bleiben. Dreesbach wird mir bezeugen, daß bei der letzten Wahl die Gegner in ihren Flugblättern gerade hier eingeseht hatten, um die Führer als miserable Heuchler und Lügner hinzustellen; im Programm stände: „Religion ist Privatsache,“ und die Führer hätten den Atheismus gepredigt. Darum sage ich, die Partei soll sich bekennen, weiter gar nichts, und dann die Pfaffen bekämpfen. Ich brauche nicht auf die enge Verbindung von Thron und Altar hinzuweisen; Sie wissen, wie strikte die beiden immer zusammengehalten haben. — Die große sozialistische Bewegung dreht sich doch nicht bloß um den Wagen; sie ist eine große Kulturfrage und -Bewegung, und als solche kämpft sie zunächst für die soziale, dann für die politische und dann im Großen und Ganzen für die Geistesfreiheit der Menschen. Sklaven werfen die Kette nicht ab. Ich kann, liebe Freunde, den Vorwurf zurückweisen, daß diejenigen, welche gegen das Pfaffenthum ankämpfen,

H

gegen den lieben Herrgott ankämpfen; ich habe nie mit den Geistlichen um diese oder jene schöne Eigenschaft desselben gestritten, darauf habe ich mich nie eingelassen, sondern stets praktisch den Pfaffen vorgehalten: Ihr wollt das Volk auf dem Boden der blauen Phantasie in der Knechtschaft erhalten. Die Partei selbst fühlt heraus, daß hier etwas geschehen muß. Von allen Gegenden Deutschlands kommen mir seit zwei Jahren Briefe über Briefe, die mich auffordern, in zwei, drei Tagen nach dem Rhein, nach Schlesien Sachsen, Hannover u. s. w. zu kommen. (Rufe: Zur Sache!) Ich bin bei der Sache; ich will damit beweisen, daß ein praktisches Bedürfnis vorhanden ist, daß die Leute selbst verlangen, in Schutz genommen zu werden.

Stolle-Gesau: Der erste Satz unseres Programms: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur“ ist von der Manchesterische Schule angefochten worden, und es verlohnt sich der Mühe, zu untersuchen, ob dieser vor 15 Jahren aufgestellte Satz Stich hält.

Auch an dem Programmpunkt, betreffend die Arbeitsmittel, hat die kapitalistische Presse eingeseht und eine präzisere Fassung verlangt. Es ist auch bei uns angeregt worden, nicht mehr von Arbeitsmitteln, sondern von Arbeitswerkzeugen zu sprechen. Der Ausdruck „Arbeitsmittel“ ist ein Kompromißausdruck; auch die Bodenfrage ist ja in dem Programm nicht buchstäblich erwähnt; früher stand doch an der Stelle das Wort „Kollektiveigentum“. Wenn wir aber heute unser Programm präzisieren, müssen wir das alles hineinnehmen; heute muß ausgesprochen werden, daß der Grund und Boden verstaatlicht werden muß, und daneben muß der Ausdruck „Arbeitsmittel“ genauer gefaßt werden. — Die gegen die Rechtspredigung durch das Volk geübt und heute angeführten Thatsachen können mich nicht bestimmen, davon abzugehen; denn wir haben nicht gewählte Volksgerichte, sondern Geschworene, die nach einem Census berufen werden. — In der Religionsfrage besagt unser Programm, daß wir das Bekenntniß zu einer Religionsgemeinschaft Jedem überlassen, wir greifen in die Ueberzeugung nicht ein, wir schreiben nichts vor. Aber damit begegnen wir einem aufgetretenen Uebelstande nicht. Die Kirche, als privilegierte Institution, ist von uns zu bekämpfen, und das muß in dem Programm irgendwie zum Ausdruck kommen. Ich bedaure, daß unsere hierhergehörige frühere Forderung aus dem Eisenacher Programm herausgekommen ist. Die Kirche kann nicht nur Andersdenkende boykottiren, ächten, sie kann sie ganz unschädlich machen und ist so geschüst, daß man gegen die Geistlichen nicht klagbar vorgehen kann. Soll das ewig so fortgehen? Was die Schule betrifft, so schützen selbst unsere Dissidentengesetze uns nicht hinreichend, unsere Kinder freidenkend erzogen zu bekommen. Also Trennung der Schule von der Kirche, der Kirche vom Staat!

13 H

(Blos.) Ich komme nur noch kurz auf den Berliner Antrag wegen der Frauenarbeit; dieser Antrag scheint mir gänzlich verfehlt, insofern er die Forderung gleichen Lohnes für Männer und Frauen beseitigen will. Den Frauen müssen in jeder Beziehung die gleichen Rechte zugesprochen werden. Gerade die Konkurrenz der billigeren Frauenarbeit macht jährlich Tausende von Männer arbeitslos. Wer objektiv denkt, wird diesen Antrage nicht zustimmen.

Geyer-Leipzig beantragt den Schluß der Diskussion; Kleez ist gegen den Schluß; der Schlußantrag wird abgelehnt.

Agster-Stuttgart: Ich will vorweg gegen Dr. Müdt bemerken, daß der größere oder geringere Erfolg der praktischen Agitation nicht in der größeren oder geringeren Zahl der gehaltenen Reden gefunden werden kann. Die längeren Ausführungen bezüglich des Pfaffenthums waren mehr oder minder überflüssig. So schlimm, wie Dr. Müdt es geschildert hat, ist denn doch die Sache mit dem Pfaffenthum nicht. Wenn wir auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes das Wort „gesetzlich“ weglassen, möchte unierer Agitation, speziell in gewissen Kreisen, doch ein unbequemer Hemmschuh angelegt werden, insofern der deutsche Philister ja sehr geneigt ist, Nummern zu glauben, daß wir uns damit auf einen ungefählichen Boden stellen wollen. — Daß die Apothekenfrage sehr reformbedürftig ist, unterliegt keinem Zweifel; das Programm würde aber ein Ungeheuer an Umfang werden, wenn wir alle diese Spezialien darin aufnehmen wollten. Die von Auerbach befürwortete Beseitigung der Trennung der Programmforderungen in zwei Gebiete ist eine Frage praktischer Erwägung, die nicht so sehr ins Gewicht fallen kann. Liebknecht hat mit Recht betont, daß wir eine gewisse Pietät obwalten lassen müssen. — Bei der Forderung der Rechtsprechung durch das Volk muß der Umstand beachtet werden, daß man heutzutage von einer eigentlichen Rechtsprechung durch das Volk noch nicht reden kann; heute hat die besitzende Klasse die Rechtsprechung in den Schwur- und Schöffengerichten in der Hand.

Mezner-Berlin 1: Ich möchte zunächst auf die Produktivgenossenschaften eingehen. Liebknecht sagte, der Gedanke habe sich überlebt; Andere wollen ihn festhalten. Tatsächlich hat er sich überlebt, denn gerade diese Bestimmung ist in den letzten Jahren vielfach falsch gedeutet worden. Man berief sich auf das Programm, wenn man Produktivgenossenschaften gründen wollte, zum Theil auch, z. B. in Berlin, gegründet hat. Man hat geglaubt, mit solchen Gründungen vorgehen zu sollen, während doch das Programm nur so aufgefaßt werden kann, daß der Staat, in welchem derartige Associationen begründet werden sollen, erst herbeizuführen ist, und man hat ganz und gar übersehen, daß, wenn derartige Genossenschaften gegenwärtig begründet werden, sie absolut nicht bestehen können, wenn sie nicht auf dem Boden der heutigen

kapitalistischen Produktion ausgerichtet werden. Sie stellen also nur eine Verlängerung des heutigen Zustandes dar. Solche Mißverständnisse müssen unmöglich gemacht werden, und es hat daher dieser Passus fortzufallen. Andererseits ist nicht außer Acht zu lassen, daß diese Forderung seiner Zeit aufgestellt wurde, um der Agitation von Schulze-Dehlsch entgegenzuwirken. Von da ist sie in unser Programm hineingerathen. — Zu dem wunden Punkte der Religionsfrage bemerke ich nur, daß ich, obwohl selbst freireligiös und der Berliner Gemeinde seit Jahren angehörig, mich doch nicht für den Antrag Müdt erwärmen kann. Gerade weil auch ich unsere Partei vor Heuchelei bewahren will, möchte ich das, was hier in seinem Antrag gesagt ist, nicht in das Programm aufnehmen.

Mit Stolle halte ich es für unsere Aufgabe, dahin zu wirken, daß der konfessionelle, der dogmatische Unterricht nicht mehr in den Schulen vom Staate protegirt wird; das ist in dem Sage: Religion ist Privatsache, zum guten Theil mit ausgedrückt. Damit ist schon gesagt, daß der Staat als solcher auch nicht berechtigt sein soll, für irgend welche besondere konfessionelle Anschauung einzutreten. In der Beziehung wird vielfach den Anhängern der freireligiösen Richtung mit Unrecht ein Vorwurf gemacht. Sie wollen nicht unsere Reihen lichten; im Gegentheil kann ich von Berlin mit Zug behaupten, daß sich auf diesem Gebiete die Anschauungen mehr und mehr klären. Dem Gebahren, welches auf Massenaustritt aus der Landeskirche gerichtet ist, stehe ich gleichfalls sehr kühl gegenüber. Nichts hat mir größeren Widerwillen bereitet, als vor einer Reihe von Jahren in Berlin Most direkt in einer großen Volksversammlung dazu auffordern zu hören; ich habe mir schon damals sofort gesagt, daß diese gegen die Stäcker'sche Bewegung gerichtete Demonstration einen nennenswerthen Erfolg nicht haben würde. Es ist leicht, in Volksversammlungen dazu aufzufordern; aber noch nicht der zehnte Theil führt es nachher aus. Gewiß muß dahin gewirkt werden, unsere Jugend möglichst aus den Fesseln des Dogmenglaubens herauszureißen, aber da haben wir mit uns selbst noch viel zu thun, und auf Kommando läßt sich so etwas nicht machen. Den Antrag Berndt möchte ich nicht dahin verstehen, daß die Revision des Programms sofort vorgenommen werden soll, denn sonst würden wir bloß ein Programm zusammenstoppeln, das nachher als nicht gehalten und nicht gestochen bezeichnet werden müßte. (Beifall.)

Frau Steinbach-Gera: Daß ich überhaupt hier das Wort ergreife, verdanke ich nicht Ihnen, sondern leider unseren eigenen Kämpfen. Ich habe mich nicht dazu gedrängt, ich bin gedrängt worden noch im letzten Augenblick, wo in einer hämischen Notiz der „Hamburger Nachrichten“, dem Lagerplatz Bismarck'scher Weisheit, den Sozialdemokraten unterschoben wurde, daß sie höchstmahr-

scheinlich beim Kongress Frauen nicht zulassen würden, trotzdem sie doch im Reichstag beim Gesetz über die gewerblichen Schiedsgerichte die Forderung aufgestellt, daß das Frauenstimmrecht eingeführt werde, und weil dies abgelehnt wurde, das ganze Gesetz abgelehnt haben.

Auch wir Frauen haben uns erlaubt, Ihnen zum Programm einen Antrag zu unterbreiten. Ist die gewerbliche Arbeit nur für einen Theil des Volkes, nur für die Frauen schädigend? Leidet die ganze Familie weniger darunter, wenn der Mann krank, verfeucht, elend Familienpflichten übt? Die Fürsorge für die Frauen allein ist eine Beschränkung, die in guter Absicht, scheinbar zu unseren Gunsten, gemacht ist, wir müssen uns aber entschieden dagegen verwahren. Durch ein Verbot der Frauenarbeit in diesen Gewerben würden vielleicht Tausende von Frauen auf das Pflaster geworfen werden, und da sie nicht verhungern können und sollen, — was auch nicht Ihre Absicht sein wird — so sind sie gezwungen, das enorme Angebot von billiger, beinahe schon unbezahlter Arbeitskraft in den übrigen Branchen weiblicher Thätigkeit noch zu vermehren. Gerade die massenhaft durch billige Frauenarbeit hergestellten Artikel vertragen keinen Zuschlag auf den Arbeitslohn. Ich will mir die Spiegelbelege-Industrie erwähnen, die besonders schädlich ist. Ich bitte Sie also im Programm festzulegen, wenn Sie schon auf die Schädlichkeit der Arbeit Rücksicht nehmen, daß beide Geschlechter gleichmäßig berücksichtigt werden.

Ebenso bitte ich Sie unseren zweiten Antrag anzunehmen, worin wir die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren fördern. (Beifall.)

Kofocky-Braunschweig: Die „Hamburger Nachrichten“ haben einmal eine gute That gethan, denn ohne ihren Artikel wäre unsere Genossin nicht hier erschienen. In unserem Programm ist kein Unterschied gemacht zwischen Mann und Frau. Es sollte aber unverkennbar gesagt werden, daß die Frauen mit uns gleichberechtigt sind.

Man sagte, wir trieben Heuchelei, wenn wir hier nicht ein Müdt'sches Bekenntniß ablegen. (Heiterkeit.) Ich habe überall den Standpunkt vertreten, daß jede Religion, jedes Bekenntniß zu bekämpfen sei. Nun, es giebt dafür noch eine andere Art der Agitation, als wie die großen Reden des Dr. Müdt. Ist es nicht auch ein Beispiel von Agitation, wenn man seine Kinder nicht in die Kirche schickt? Wir wollen nicht mehr dem alten Moses folgen, aber auch nicht dem neuen Moses, dem Dr. Müdt. (Heiterkeit.)

Hoffen wir, daß nach fleißiger Arbeit ein Programm zu Stande kommt, welches auf der Höhe der Wissenschaft steht, gleichgiltig von wem es herrührt. (Beifall.)

Dertel-Nürnberg: Die Sozialdemokratie hat immer die Gleich-

H

berechtigung der Frau verlangt, und es ist uns nicht im Mindesten eingefallen, die Genossinnen von hier fernzuhalten. Gleichzeitig möchte ich aber auch betonen, daß mich die Ausführungen der Frau Steinbach nicht überzeugt haben. Die Frauenarbeit ist nur ein Stück der sozialen Frage und kann als einzelne Frage durchaus nicht gelöst werden. So wenig es uns Männern gelingt, innerhalb der heutigen Gesellschaft eine menschlichere Existenz zu erringen, ebensowenig würde es den Frauen gelingen, diejenigen Rechte eingeräumt zu erhalten, die ihnen naturgemäß gehören.

Von allen Rednern, die heute gesprochen, sind nur verschwindend wenig neue Gesichtspunkte bezüglich des Parteiprogramms angeführt worden. Es waren größtentheils nur Wiederholungen dessen, was Liebknecht gestern zusammengefaßt hat. (Sehr richtig!) Ehrhart's Tonart möchte ich nicht folgen. Ich werfe mich hier nicht zum Anwalt der Berliner Genossen auf, aber ich halte es nicht für schön, daß man bei jeder Gelegenheit den Berlinern etwas am Zeuge flicken will. Es ist ein unveräußerliches Menschenrecht der Berliner Genossen, ebenfalls ihre Ansichten geltend zu machen. Wenn einzelne Berliner Genossen zum Austritt aus der Landeskirche auffordern, so wird die Sozialdemokratie daran nicht zu Grunde gehen. Wenn wir uns selbst Furcht einflößen, dann wird es nicht gut. Den Antrag des Dr. Müdt halte ich für vollständig überflüssig. Seine ganzen Erlebnisse sind für mich höchst gleichgiltig, und für die Partei nicht minder. Wir können nicht durch Agitation die Religion von heute beseitigen, sie liegt in der heutigen Gesellschaft begründet, und diese wird die Religion stets aufrecht erhalten, weil sie ein großes Interesse daran hat. Ich glaube mit Liebknecht, daß, wenn wir einmal den sozialistischen Staat haben, wir sehr leicht mit der Religion fertig werden.

Es sind noch ca. 40 Redner gemeldet.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Genosse Schmidt-Berlin: Ich bedaure, daß im Laufe der heutigen Debatte wieder einzelne Angriffe gegen die Berliner Genossen gerichtet worden sind, und zwar in einer Weise, die wir entschieden zurückweisen müssen. Es ist da von „Berliner Mist“ gesprochen worden. Ich erkläre, daß die Versammlungen in Berlin, welche den Austritt aus der Landeskirche zum Zweck hatten, nicht von der Partei ausgingen, sondern einfach auf die Initiative einzelner Genossen zurückzuführen sind. Denn vorläufig steht im Parteiprogramm nicht, daß jeder Sozialdemokrat Atheist sein muß. Vogtberg sprach also im eignen Namen, nicht für die Partei. Wenn auf dem Lande „Berliner Mist“ abgeladen wird, so geht er nicht von Berliner Genossen aus, er wird nicht von ihnen aufgetragen. Ich bitte also den Genossen, der dies gesagt,

H

sich in Zukunft etwas anständigerer und gebildeterer Ausdrücke zu bedienen.

Zubeil: Ich kann mich dem nur anschließen. Wir können hier nicht für die Ausführungen Werner's speziell verantwortlich gemacht werden. Wir unsererseits haben nicht eine einrige, irgendwie beleidigende Äußerung einem Delegierten gegenüber gebraucht und ich wundere mich, daß derartige beleidigende Ausdrücke gegen die Berliner Delegierten nicht einmal von dem Vorsitzenden unseres Parteitag's gerügt werden. Wenn Ehrhart behauptet, daß die Berliner mit solchem „Mist“ umgehen, so erlaube ich ihm, eine Zeitung in Berlin zu leben, vielleicht hat er es dann nicht nötig, Mist abzuladen.

Lücke-Köln: Müdt hat sich berufen auf seine Erfolge in Köln, und er hat uns, „seine lieben Freunde,“ angezapft zu einer Äußerung über seine Erfolge. Ich muß im Namen meiner Genossen in Köln erklären, daß wir die Erfolge, welche die Sozialdemokratie in Köln aufzuweisen hat, nur zum kleinen Theile Herrn Dr. Müdt zuschreiben. Wenn er sich einen großen Theil an den dortigen Erfolgen heimischt, dann möge er es Anderen überlassen, ihm Lorbeerkränze zu stecken.

Gewehr-Eberfeld: Die Partei als solche hat sich niemals an der Angelegenheit Müdt-Thümmel beteiligt, und die Partei als solche hat Müdt auch niemals zu einer Reise nach dem Rhein eingeladen.

Dr. Müdt: Dem Braunschweiger Genossen erwidere ich, daß ich es doch nicht verdient habe, wenn ich in objektiver Weise einen anderen Standpunkt durch meinen Antrag vertrete, so persönlich angegriffen zu werden. Den Vergleich mit Moses habe ich auch nicht verdient, dazu bin ich viel zu blond. Ich will mir nicht ein Verdienst beimessen, daß ich in Köln gesprochen. Aber mein Kampf gegen die Jesuiten in Köln hat wesentlich dazu beigetragen, daß dort ein sehr viel freierer Geist hineingekommen ist. Ich habe mir also nicht zu viel zugetraut. Ich habe allerdings von den Sozialdemokraten eine Einladung bekommen, nach dem Rhein zu kommen. Ich weiß nicht, in welcher Beziehung ich mich irgendwie überhoben hätte. Höchstens war es ein Fehler, daß ich gesagt habe, ich wäre der praktischste Agitator der Partei. Ich habe sagen wollen, daß ich in gewisser Beziehung vielleicht am meisten in dem Kampfe gegen die Pfaffen praktische Erfahrung habe. Ich möchte also bitten, daß man nicht gleich über einen Redner, der unvorbereitet spricht und seine Worte nicht reiflich überlegen und wählen kann, in dieser Weise herfällt.

Lenz-Kemnscheid: Nach den Müdt'schen Ausführungen mußte es in Kemnscheid so erbärmlich schlecht mit der Partei bestellt sein, daß Herr Müdt aus Heidelberg kommen mußte, um uns ins Leben zu rufen. Wir haben eine starke Partei gehabt, noch ehe wir Müdt kannten.

H

Müdt hat also eine Unwahrheit gesprochen. Es ist eine Uebertreibung, die ich entschieden im Namen meiner Kemnscheider Genossen zurückweisen muß, wenn er uns gesagt hat, wir hätten ohne ihn nicht fertig werden können. Farrer Thümmel ist auch heute noch nicht mundtot, obwohl allerdings der Vortrag Müdt's viel zur Aufklärung beigetragen hat.

Zeup-Dortmund verliest, um der Verwirrung, welcher die sozialdemokratische Partei von Seiten der Ultramontanen in Bochum ausgesetzt ist, entgegenzutreten, eine Erklärung, wonach er, Redner, im Gegensatz zu anderen Rednern, der Ansicht ist, daß die Stellung der Partei zur Religion im Programm klar und präzis ausgedrückt ist.

Vorsitzender Dieß: Es ist soeben wieder der Ausdruck „Unwahrheit“ gefallen. Der Genosse Müdt ist der Uebertreibung beschuldigt worden, und vorher hat Genosse Ehrhart gesagt, daß sie „den Berliner Mist ausbaden müßten“. Ich habe mich erkundigt, wie Ehrhart das gemeint hat. Er hat sagen wollen, die Berliner Beschlüsse hätten die Leute im Lande nachher auszubaden. Ich muß doch bitten, daß derartige Angriffe unterbleiben, und daß Meinungen, wie die letzteren, in andere Formen gekleidet werden.

Müdt führt an, daß er vom Vorsitzenden des Lesevereins eingeladen worden sei, worauf Lenz entgegnet, der Leseverein oder ein Genosse seien aber nicht die Kemnscheider Sozialdemokraten.

Ehrhart-Speyer: Vielleicht geht der Ausdruck „Mist“ etwas zu weit. Ich nehme ihn zurück. Ich wollte nicht die Berliner Genossen im Allgemeinen angreifen, sondern ich meinte nur diesen Punkt in Bezug auf die Landeskirche. Müdt habe ich durchaus nicht für einen Parteiphilosophen gehalten; ich möchte also diesen Ausdruck nicht auf ihn angewandt wissen.

Waldersky-Köln: Ich erkläre, daß von der Parteileitung Kölns Müdt niemals nach Köln gerufen ist.

Hierauf erhält das Schlußwort

Liebkecht: Man hat mir von gegnerischer Seite den Vorwurf gemacht, daß ich in meinen gestrigen Ausführungen das berühmte Thema des Zukunftsstaates nicht behandelt habe. Als der Sozialismus noch sehr jung war, noch nicht auf der wissenschaftlichen Basis stand, und sich zum modernen Sozialismus verhielt, wie die mittelalterliche Alchemie zur modernen Chemie, da beschäftigten sich die Arbeiter, welche in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung standen, auf das Eingehendste mit der Frage, wie der Zukunftsstaat aussehen und wie es im Zukunftsstaat zugehen werde. Ich kam anno 1847, als junges Bürschchen in die Schweiz, gerade als das letzte Nachspiel der Kämpfe zwischen den Kommunisten, geführt durch Weitling, und dem „Jungen Deutschland“, dessen Hauptvertreter der jetzt verrückt gewordene Antisemit Marr war, stattfand. Da wurde in jedem deutschen Verein des jungen Deutschland, wie

H

in jedem kommunistischen Arbeiterverein auf das Eingehendste die Frage des Zukunftsstaates erwogen. Und ich erinnere mich, daß damals die Frage ganz besonders große Schwierigkeiten verursachte: wer wird in dem kommunistischen Staate die Stiefel putzen, die Kleider und Kloaken reinigen und die Straßen fegen. Heute lächelt Jeder über diese Versuche, sich den Zukunftsstaat auszumalen. Die Schwierigkeiten von damals sind zum Theil durch die Fortschritte der Technik, der Wissenschaft, schon im Gegenwartstaat beseitigt worden. Die Kloakenreinigung z. B. wird durch's Wasser weit besser besorgt, als jemals durch Menschen. Die Eisenbahnen, die Elektrizität, die Elektrotechnik sind gekommen und haben die Welt revolutionirt, von Grund aus umgestaltet. Die Wirklichkeit ist der kühnsten Phantasie vorangeilt. In Shakespeares „Sommernachts-traum“ will Puck, der Zauberer und Genius, einen Gürtel um die Erde legen in 30 Minuten. Heute fährt der elektrische Funke, der zum Diener des Menschen gemachte Blitz, in einer Sekunde um die ganze Erde herum. Diejenigen Herren, die Zukunft über den Zukunftsstaat von uns wollen, mögen bedenken, daß uns jede Voraussetzung fehlt, auf welche hin vorausgesagt werden könnte, wie ein Staat, oder eine Gesellschaftsordnung, ich will sagen in zehn Jahren — nein in einem Jahr — beschaffen sein wird. Was heute als Wahrheit gilt, ist morgen als Unsinn erkannt. Was heute Ideal, ist morgen Wirklichkeit, übermorgen Reaktion. Und da will man fragen, wie künftig der Staat sich gestalten soll! Nur ein Narr kann das fragen. Wer will sich unterfangen, zu sagen, wie es nächstes Jahr in Deutschland aussehen wird? Leute, die solche Fragen stellen, verstehen von den sozialen Fragen nichts, nichts von dem organischen Entwicklungsprozeß der Gesellschaft, und sie nageln sich selbst an als vollständig unwissenschaftliche, denkfähige Köpfe. (Sehr richtig!)

Ich komme nun zu der soeben beendigten Diskussion. Die zu diesem Punkt der Tagesordnung eingebrachten Anträge sind, wie schon angedeutet worden, einfach Material für die Genossen, welche beauftragt werden, der Partei den revidirten Entwurf vorzulegen. Es ist in dieser Debatte nicht ein Antrag gestellt und nicht ein Wort gesprochen worden, welches nicht berücksichtigt werden wird. Unser Programm kann nicht hervorragen aus den Köpfen einzelner Weniger, es muß die Kollektivarbeit der ganzen Partei sein. Alles was noch in der Presse, in Verammlungen Neues an Gesichtspunkten auftauchen wird, wird selbstverständlich als Baustein verwendet werden für das neue Programm. Nur einen Irrthum habe ich hier zu rektifiziren. Es ist wiederholt von einer Kommission gesprochen worden, oder von der Kommission, welcher, nach der von mir beantragten Resolution, diese Aufgabe zu übertragen sei. Ich habe den Antrag gestellt, den Parteivorstand zu beauftragen,

H

einen revidirten Entwurf vorzulegen. Wir haben ausdrücklich vorlegen gesagt, und nicht auszuarbeiten. Der Vorstand kann und wird selbst, soweit die Kräfte seiner Mitglieder reichen, an dem Entwurf arbeiten; er hat aber die Pflicht, alle tüchtigen Kräfte in der Partei heranzuziehen und mitarbeiten zu lassen. Kurz: die Partei soll das neue Programm machen, und der Vorstand dieser Kollektivarbeit die würdige Form geben.

Es ist falsch, zu sagen, wir müssen ein definitives Programm schaffen. Es giebt kein definitives Programm für irgend eine Partei, geschweige denn für eine wissenschaftliche Partei, denn es giebt keine definitive Wissenschaft. Lord John Russell, der da glaubte, er habe die politische Weisheit mit seiner Kuffel zum Beweis gebracht und von der Finalität-Endgültigkeit sprach, hat sich durch dieses Wort für ewige Zeiten lächerlich gemacht. Wir behalten auch das neue Programm nur, solange es dem Stande der Wissenschaft entspricht; merken wir, daß die Wissenschaft darüber hinausgegangen ist, dann reformiren wir es abermals. Wir sind niemals zurück, wir gehen immer vorwärts! (Sehr richtig!)

Ein Redner hat gewünscht, wir möchten doch das Wort „Normalarbeitstag“ durch das deutlichere Wort „Maximalarbeitstag“ ersetzen. Dieser Vorschlag liefert einen Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, daß unter dem Sozialistengesetz zwar eine kampfesmuthige Generation herangewachsen ist, daß aber die theoretische Ausbildung etwas Noth gelitten hat unter den Erfordernissen des Kampfes. (Heiterkeit.) Sonst würde der Genosse wissen, daß es einen Mann gegeben hat, dessen Name noch nach 1000 Jahren als der des Begründers unseres wissenschaftlichen Sozialismus in hellem Glanze strahlen wird, nämlich einen gewissen Karl Marx, der in seinem monumentalen Werke, dem Kapital, den klassischen Ausdruck „Normalarbeitstag“ gewählt hat. Das Wort „Maximalarbeitstag“, das absolut nicht mehr sagt als „Normalarbeitstag“, ist einfach eine Neuerung, versucht theilweise aus bewußter Opposition gegen Karl Marx von Männern, die wünschten, daß der internationale Charakter, welchen Marx der Bewegung aufgedrückt hat, etwas zurückgedrängt werden möge. Es sind die Anhänger des nationalen und konservativen Robbertus gewesen, welche den Ausdruck „Normalarbeitstag“ durch „Maximalarbeitstag“ zu ersetzen versuchten, und es ist der Staatssozialismus, der sich für diesen Ausdruck ins Zeug gelegt hat. Wir halten es mit Marx, und wir bleiben bei unserem „Normalarbeitstag“.

Ich komme jetzt zu der Frage der Religion. Ich habe mich mit derselben gestern deshalb so eingehend beschäftigt, weil ich wußte, daß unter uns allerhand Geister das Bedürfnis haben, sich in den luftigen Regionen herumzutummeln. Ich habe gestern schon alle Einwürfe gegen die Fassung unseres betreffenden Programm-

H

sages vorweg widerlegt. Nun hat Herr Müdt gesagt: wir machen uns einer Heuchelei schuldig, wenn wir nicht Farbe bekennen und den Atheismus auf unsere Fahne schreiben. Bekennet unser Programm nicht Farbe, stellen wir uns nicht auf den Boden der Wissenschaft? Und weiß nicht jeder denkfähige Mensch, der weiß, was Wissenschaft ist, daß Wissenschaft und Religion unvereinbare Gegenstände sind? Durch den wissenschaftlichen Charakter unserer Partei ist jede Mißdeutung nach dieser Richtung hin beseitigt. Von einer Heuchelei ist also keine Rede, wohl aber umgekehrt von einer mangelnden Kenntnis der Dinge und mangelndem Urtheilsvermögen auf Seite derjenigen, welche die Auffassung theilen, daß die Religion in erster Linie zu bekämpfen sei. Die Kirche, die katholische, wie die protestantische, ist heutzutage nichts anderes, als eine Säule, ein Instrument des Klassenstaates, und die Basis des Klassenstaates ist die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer Sklaverei und Ausbeutung in jeder Gestalt. Mit der kapitalistischen Produktion steigt und fällt der moderne Klassenstaat. Jeder General, der den Feind schlagen will, vergeudet seine Kräfte nicht in einer untergeordneten Position, die für das Ganze keine ausschlaggebende Bedeutung hat, sondern er packt den Schlüssel der feindlichen Position, nach dessen Fall alles Andere fallen muß. Statt mit Nebensachen die Kräfte zu zersplittern, packen wir die ökonomische Basis an, auf welcher der heutige Klassenstaat mit sammt den Kirchen oder Konfessionen und dem Pfaffenenthum steht; fällt die Basis, dann fällt alles Andere mit. (Sehr richtig!) Und dann bedente man noch, daß die Verpflichtung zur Religionslosigkeit ein Eingriff in die Gewissensfreiheit wäre, in die Freiheit des Denkens, in die persönliche Freiheit, die wir unter allen Umständen achten und schützen müssen. Kurz, wir, die wir den Satz verteidigen, daß die Religion Privatsache, sind mehr in Harmonie mit den Grundprinzipien unserer Partei und obendrein bei weitem radikaler als diejenigen, denen in der Bekämpfung der Religion selbst eine gewisse Religiosität (sehr gut!) oder richtiger, ein Rest von Pfafferei anhängt. Ich liebe die Pfaffen in keiner Gestalt, und die Antipfaffen genau so wenig wie die richtigen. (Bravo!)

Und noch eins: Haben wir nicht das, was die Kraft der Religion bildet, den Glauben an die höchsten Ideale? Ist im Sozialismus nicht die höchste Sittlichkeit: Selbstopferung, Aufopferung, Menschenliebe?

Wenn wir unter dem Sozialistengesetz freudig das schwerste Opfer gebracht haben, uns die Familie und die Existenz zerstören ließen, uns auf Jahre trennten von Frau und Kind, bloß um der Sache zu dienen, so war das auch Religion, aber nicht die Religion des Pfaffenenthums, sondern die Religion des Menschenthums. Es war der Glaube an den Sieg des Guten

H

und der Idee; die unerschütterliche Ueberzeugung, der jenseitige Glaube, daß das Recht siegen und daß das Unrecht zu Falle kommen muß. Diese Religion wird uns niemals abhanden kommen, denn sie ist Eins mit dem Sozialismus. — Im Reichstage sagte einmal der Abgeordnete Hamburger, als ich über die Gemein-schädlichkeit des Sozialistengesetzes sprach und den Sturz seiner Urheber voraus sagte, feufzend zu einem Nebenmann: Die Sozialdemokraten haben noch den Glauben!“ Ja, wir haben noch den Glauben — die Herren Fortschrittler haben ihn nicht —, wir wissen, daß wir die Welt erobern werden. (Lebhaftes Bravo!)

Also mit der Religion wären wir nun fertig.

Es ist ferner von der Frauenarbeit und von dem Frauenstimmrecht die Rede gewesen. Selbstverständlich find wir alle für das Frauenstimmrecht, für die absolute Gleichberechtigung der Frauen. Diese Gleichberechtigung hat sich auch auf das Gebiet der Arbeit zu erstrecken. Die Genossin, welche vorhin so beredt über dieses Thema gesprochen, ist vollkommen im Recht, zu sagen: Sollen wir die Vergiftung, die Durchseuchung, die Zerstörung des Lebens und der Gesundheit durch die jetzige Produktionsweise beim Manne mehr billigen als bei der Frau? Und sind die vergiftenden, die Gesundheit, das Leben untergrabenden Einflüsse, die wir von dem weiblichen Arbeiter abwenden wollen, nicht auch verderblich für den männlichen Arbeiter? — Prinzipiell ist hiergegen nichts einzuwenden. Und prinzipiell muß auch nach dieser Richtung hin Gleichheit sein. Der Arbeiterschuh-Gesetzentwurf, den wir im Reichstag eingebracht haben, trägt dem Prinzip der Gleichberechtigung, der Gleichheit von Mann und Frau auch Rechnung, soweit es irgend möglich ist, ohne die Interessen der Frau zu schädigen; allein die größere Zartheit des weiblichen Organismus, die Schwäche des Weibes, die zugleich seine Stärke ist, zwingt zu Rücksichten, die das Prinzip der Gleichberechtigung nicht verletzen, von der Humanität aber gefordert werden. Ich will ins Einzelne nicht eingehen — auch diese Frage wird gewiß in vorurtheilsloser, den Interessen der Frauen sicherlich förderlichster Form zur Erledigung gebracht werden.

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk, so absolut hingestellt wie in unserem Programm, ist praktisch nicht durchführbar. Aber ich will mich nicht auf Details einlassen. Daß das heutige System der Vertretung, welches man mit dem Namen Parlamentarismus bezeichnet, auch in praktischer, wenn ich so sagen darf: in technischer Beziehung an vielen Mängeln leidet, daß es den Willen des Volkes nicht voll zur Geltung kommen läßt, das unterliegt keinem Zweifel. Vielleicht habe ich im nächsten Jahre die Ehre, als Referent oder Korreferent über das neue Programm

H

zu sprechen, und dann habe ich auch diese Frage ausführlich zu behandeln und auszuführen, wie nach meiner Ansicht die Volksvertretung und Gesetzgebung vernünftig zu gestalten sind.

Die Unentgeltlichkeit der Medizin ergibt sich von selbst aus der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Behandlung.

Es ist gewünscht worden, daß auch die Aufhebung der Gefindeordnung in dem sogenannten praktischen Theil des Programms gefordert werden möge. Das ist eine Frage, die wir hier nicht entscheiden können, aber dem Ermessen der Genossen möchte ich es doch zur Erwägung anheimgeben, daß es sich wohl kaum verlohnen würde, Materien in's Programm aufzunehmen, die schon in einigen Jahren aus der Welt geschafft sein können. Ein Parteiprogramm ist kein Wahlprogramm, kein Gelegenheitsprogramm, welches bloß den Bedürfnissen des Tages zu entsprechen hat.

Ein Fehler unseres Programms habe ich gestern nur gestreift, er besteht darin, daß es in verschiedene Abtheilungen zerfällt, bei deren Abgrenzung ziemlich willkürlich und unlogisch verfahren worden ist. Statt organisch aus einem Guß oder Wuchs zu sein, ist es mechanisch in drei Theile zerschnitten, was den organischen Zusammenhang aufhebt und logisch, wissenschaftlich nicht zu recht fertigen ist. Da heißt es z. B. nachdem die allgemeinen Prinzipien ausgesprochen sind: Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von „sozialistischen Produktivgenossenschaften“. Von wem fordert sie das? Doch nicht vom „Zukunftsstaat“, sondern vom heutigen Staat. Und wo soll die Lösung „angebahnt“ werden? Doch auch nicht im „Zukunftsstaat“, wo sie ja bereits erfolgt ist, sondern im heutigen Staat. Nun kommt aber am Schluß dieser Abtheilung des Programms ein zweiter Absatz: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft.“ Sie sehen, diese Trennung ist vollkommen willkürlich, und sie bildet einen der größten Fehler dieses Programms. Wer kann den heutigen Staat von dem künftigen Staat scharf abgrenzen? Der heutige Staat wächst in den Zukunftsstaat hinein, gerade wie der Zukunftsstaat schon in dem heutigen Staat drinsiekt. Es geht nicht wie beim Fall des Sozialistengesetzes, Nachts 12 Uhr hört der alte Staat auf und fängt der neue an. (Geiterkeit.) Dieser kindischen Auffassung, der unsere Gegner huldigen, indem sie fürchten, wir wollten tabula rasa machen — als ob das möglich wäre! — dürfen wir uns nicht schuldig machen; und wir thäten es, wenn wir eine bestimmte Grenze zwischen dem heutigen und dem sogenannten Zukunftsstaat ziehen wollten. Da fällt mir ein: in den Zeitungen war wieder von „Theilerei“ die Rede. Kein Anderer als Herr Eugen Richter hat uns wieder das Theilgespenst vorgeführt. Nun, die Herren, die mit solchen Mitteln

H

arbeiten, beweisen dadurch bloß, daß sie das ABC des Sozialismus und auch die Nationalökonomie nicht kennen. Ueber derartige Späße geht man hinweg und überläßt die Leute, die solche Dummheiten machen, ihrem Schicksal, der Lächerlichkeit. Aber wenn man sich auch mit solchen Kindereien nicht befassen kann: die Partei hat jetzt in Wahrheit den geistigen Kampf zu kämpfen, von dem jetzt so viel die Rede ist, und für uns ist er Ernst, während er für unsere Feinde bloß Spiegelfechtereie ist. Indem die Partei in die Diskussion des Programms eintritt, tritt sie zu gleicher Zeit ein in die Diskussion der Parteigrundsätze im weitesten Umfang. Noblesse oblige!\* Mit der Kraft wächst die Pflicht. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes, das Wachstum unserer Partei legt uns Pflichten auf. Unsere erste Pflicht ist, Wissen in die Massen zu bringen. Im Wissen liegt Macht. Gätten die deutschen Arbeiter nicht durch die Sozialdemokratie, d. h. durch die einzige Partei, welche die Erziehung der Massen sich zur Aufgabe gemacht hat, eine große Summe von Wissen und Kenntnissen überkommen, glauben Sie, daß wir den Kampf gegen das Sozialistengesetz ausgehalten und unsere Gegner auch geistig überwunden hätten? Nun wohl! Zwölf Jahre hat der Kampf unsere ganzen Kräfte in Anspruch genommen. Für die Theorie hatten wir keine Zeit. Jetzt kommt wieder die Zeit des Studiums, der Belehrung, und gerade die Neugestaltung des Programms giebt uns die beste Gelegenheit, und ist ein mächtiger Sporn, diese Mission der Aufklärung in weiterer Ausdehnung zu erfüllen.

Und nun bitte ich Sie bloß noch, sehen Sie alles daran, daß die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, im vollsten Maße erfüllt wird. Das neue Programm muß stehen auf der Höhe der Wissenschaft, es muß athmen den Geist der Partei, die da weiß, daß sie nicht willkürlich und durch Zufall das geworden ist, was sie ist, und daß wir nicht ein Haufe von verbissenen Unzufriedenen sind, die nicht wissen, was sie wollen — wie unsere Gegner behaupten. Nein, wir sind Sozialdemokraten aus Ueberzeugung und aus Nothwendigkeit. Die Nothwendigkeit zwingt das auf Besserung seiner Lage bedachte, nach seiner Befreiung ringende Volk, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Die ganze gesellschaftliche und staatliche Entwicklung, aus der wir hervorgegangen, ist eine Nothwendigkeit. Diese Nothwendigkeit, die unsere Gegner mit keinen Kanonen, mit keinen Polizeiwaffen aus der Welt schaffen können, besteht, und kraft ihrer bestehen wir. Die Sozialdemokratie ist eine geschichtliche Nothwendigkeit, und unser Sieg ist eine Nothwendigkeit. Nicht die blöde Nothwendigkeit des griechischen Fatums, das mit

\*) Französisch. Eigentlich: Abel verpflichtet. — Höhere Macht und Leistungsfähigkeit legen höhere Pflichten auf.

H

dem Menschen spielt, wie die Katze mit der Maus, sondern die Notwendigkeit des organischen Entwicklungsprozesses, in welchem der Mensch als höchst entwickelter Organismus, die entscheidende, bestimmende Arbeit verrichtet. Jemand ein übel berathener Literat hat jüngst gesagt, die Marx'sche Lehre schließe die Gefahr in sich, den Glauben zu erzeugen, wir hätten mit verschränkten Armen dazustehen und, während der Entwicklungsprozeß sich von selbst vollziehe, es ruhig abzuwarten, bis die Suppe der Sozialdemokratie gekocht sei. Der Mann, der das geschrieben, hat keine Zeile von Marx gelesen oder verstanden. Marx gerade hat es scharf ausgesprochen, daß der Mensch selbst mitbestimmender, nein, bestimmender Faktor ist, daß er aber nicht willkürlich die Entwicklungsgesetze verändern und deren Wirkungen aufheben kann. Und wäre diese Lehre nicht richtig, nimmer wäre es uns möglich gewesen, unsere Gegner zu besiegen. Unsere Gegner verfügen über alle menschlichen Machtmittel: Geld, Polizei, Soldaten — aber sie haben uns nichts anhaben können, weil die organischen Entwicklungsgesetze, die für uns wirken, sich nicht ändern, nicht fälschen, nicht in ihr Gegenteil verkehren lassen. Die Machtfülle eines Bismarck war Ohnmacht im Kampfe mit uns. Gestützt auf unser gutes Recht und in voller Erkenntniß der Thatsachen, im klaren Bewußtsein unserer Stärke und der gegenseitigen Machtverhältnisse haben wir gekämpft und gesiegt — nicht, indem wir die Arme verschränkter, sondern thatkräftig eingriffen, jeder Einzelne mit äußerster Anspannung seiner Kraft — und so wollen wir fortfahren.

Das alte Programm hat sich überlebt, schaffen wir ein neues. Dieses wird wiederum alt werden, dann schaffen wir abermals ein neues. Was wir nicht thun, thun unsere Kinder. Man hat von „Jungen“ und „Alten“ gesprochen. Dummes Zeug! Wer das Wort erfunden, kennt das Wesen der Sozialdemokratie nicht. Unsere Partei ist eine Partei der Jugend, die Partei des jungen Menschen: Proletariat, der die Menschheit befreien wird. Die meisten von uns sind glücklicher Weise jung, andere sind alt an Jahren, aber als Sozialdemokraten sind wir Alle jung. Gewiß, wie ich am 1. Oktober in Berlin sagte: Wir haben eine junge und eine alte Garde; die junge Garde ist erzogen worden unter dem Sozialistengesetz und durch das Sozialistengesetz. Neben ihr, nie weit vom Feind, steht aber auch die alte Garde, und beide müssen mit einander wetteifern, wie die junge und alte Garde der französischen Armee. Sie müssen einander anspornen und vorantreiben im großen Emanzipationskampf, damit das Programm der Partei möglichst gründlich und möglichst bald verwirklicht werde, das Meiste dazu beitragen, daß unsere Ziele erreicht werden, das sei eines Jeden Ehrgeiz! Mit diesen Worten komme ich zum Schluß. Nehmen Sie unsere Resolution womöglich einstimmig an und thun Sie, was

Sie können, daß das Programm zur Verwirklichung, und die Partei zum Siege gelange! (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Nachdem ein Antrag Berndt, die Berathung über das Parteiprogramm sofort vorzunehmen, zurückgezogen ist, wird die Resolution des Genossen Liebknecht einstimmig angenommen. (Bravo!)

Es ist ein Antrag eingegangen, die Liebknecht'sche Rede in 100 000 Exemplaren drucken zu lassen.

Der Vorsitzende theilt mit, daß die Liebknecht'sche Rede thunlichst ausführlich im Protokoll erscheinen wird. Die Presse kann dann diese Rede abdrucken, wodurch eine viel größere Verbreitung gesichert ist, als durch jenen Vorschlag.

Singer beantragt, daß alle in Bezug auf das Parteiprogramm eingegangenen Anträge dem Parteivorstande als Material mitgegeben werden.

Dieser Antrag wird angenommen. In der Tagesordnung wird inoforen eine Aenderung beschloffen, daß zunächst über „Streiks und Boykotts“ und dann über „die Parteipresse“ verhandelt werden soll.

Schluß der Sitzung gegen 1 Uhr.

### Nachmittags-sitzung.

3½ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Auf Wunsch der sämmtlichen im Saale anwesenden Bericht-erstatler macht der Vorsitzende dem Parteitag die Mittheilung, daß von den Herren, die bisher hier anwesend waren, Niemand die heute Vormittag als Lüge bezeichnete Notiz im „General-Anzeiger“ verfaßt hat.

Unter den wiederum an den Parteitag zahlreich eingelaufenen Zuschriften befindet sich, wie der Vorsitzende unter großer Heiterkeit der Versammlung anzeigt, auch eine solche aus London von der Heilsarmee. Dem vielfachen Aufse: Vorlesen! erklärt der Vorsitzende nicht Folge geben zu können, da es sich um ein sehr langes Schriftstück handle, dessen Vorlesung zu sehr aufhalten würde.

Außerdem hat eine gestern in Berlin stattgehabte, von mehreren tausend Personen besuchte Volksversammlung nicht nur dem Parteitag ihre Grüße gesandt, sondern auch das Bureau erucht, namens dieser Versammlung auch den ausländischen Genossen besonderen Brudergruß zu übermitteln. (Lebhaftes Bravo!)

Einige Genossen wünschen, das Bureau möge für morgen eine Abend-sitzung anberaumen, da sie Samstag abreisen müssen. Der Parteitag wird im Laufe des Freitags sich darüber schlüssig machen.

Zur Verhandlung steht, da Punkt 7 der Tagesordnung, die

„Parteipresse.“ wegen Behinderung Auer's und Bebel's in der 25. er Kommission, einstweilen zurückgestellt ist,  
Punkt 8:

### Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts.

Berichterstatler Klop-Stuttgart: Obgleich die Stellung der Partei oder wenigstens der einzelnen Parteigenossen, wiederholt in Wort und Schrift zur Kenntniß der Allgemeinheit gebracht worden ist, dürfte es doch zweckmäßig sein, einmal auf dem Parteitag dazu Stellung zu nehmen, um nicht immerfort Verdächtigungen ausgeübt zu sein. Es wird sich wohl zunächst darum handeln, ob Streiks und Boykotts überhaupt berechtigt sind, und dazu werden wir einen kurzen Blick auf die gewerblichen Verhältnisse werfen müssen, um zu sehen, ob Streiks und Boykotts durch die Natur unserer Produktion herausgefordert werden, also berechtigt sind, oder ob unsere Arbeiter sich bloß einbilden, ohne Streiks nicht fertig zu werden, ob die Streiks wirklich häufig bloß das Werk von Hezern sind.

Unter den heutigen Produktions- und Erwerbsverhältnissen steht der Arbeitsvertrag, der ja das Gleiche sein soll wie ein Kaufvertrag, diesem garnicht gleich. Bei jedem Kaufvertrag bestimmt der Eine die Waare, sei es an Werth oder an Qualität, und der Andere, der diese Waare verkauft oder abgeben will, bestimmt den Preis dafür. Ein Käufer wird nicht sagen können, ich will die Waare in der und der Qualität und in dem and dem Quantum, werde aber nur diesen oder jenen Preis zahlen, sondern der Verkäufer wird den Preis feststellen, und der Käufer wird um diesen Preis, wenn er mit der Waare einverstanden ist, sie kaufen.

Wie ganz anders beim Arbeitsvertrag! Auch hier ist der Arbeiter der Verkäufer der Waare Arbeitskraft, der Unternehmer der Käufer derselben. Da wäre es doch ganz gerechtfertigt, wenn der Arbeiter, der dem Unternehmer die Waare Arbeitskraft nach dessen Anforderungen stellen muß, auch von diesem den entsprechenden Preis würde verlangen können. Aber so ist es in unseren Erwerbsverhältnissen nicht. Die Unternehmer maßen sich an, nicht nur die Arbeit nach Quantität und Qualität zu bestimmen, sondern auch den Preis festzusetzen, unbekümmert darum, ob der Verkäufer damit einverstanden ist und bei diesem einseitigen Vertrage seine Rechnung findet.

In jedem halbwegs gesunden Gesellschaftsverhältnis bestreitet die Gesellschaft den Unterhalt aller ihrer Glieder und muß ihn bestreiten; andererseits aber stellen alle Glieder ihre Arbeitskraft dieser Gesellschaft zur Verfügung, damit sie alle diese Glieder erhalten kann. Das heutige ist mit diesem gesunden Gesellschaftsverhältnis nicht in Einklang zu bringen, weil die heutige Gesellschaft unter

der heutigen kapitalistischen Produktionsweise nicht die Verpflichtung übernimmt, für alle ihre Glieder zu sorgen, sie alle zu erhalten; denn übernehme sie diese, dann würde sie nicht etwa nur die arbeitskräftigen Glieder erhalten, sondern im Interesse der Selbsterhaltung der Gesellschaft liegt es auch, neue heranbilden, sie wird für ausreichenden Unterhalt auch der Kinder sorgen müssen. Dem ist eben nicht so in der heutigen Gesellschaft. Stellen wir die Arbeit des Einzelnen, als Leistung für die Gesellschaft, dem Lohn oder Unterhalt, als Leistung der Gesellschaft an den Arbeiter, gegenüber, so müßten von diesem Lohne soviel Glieder der Gesellschaft erhalten werden können, als auf jedes einzelne arbeitskräftige Glied entfallen. In unserer heutigen Produktion giebt es aber nur sehr wenig Arbeiter, die sagen können, daß sie mit ihrem Lohn sich, ihre Frau und ihre Kinder ernähren können, und daß weiter der Lohn noch ausreicht, um anderen moralischen Verpflichtungen der Gesellschaft zu entsprechen, nämlich diejenigen, welche im Dienste der Gesellschaft ihre Arbeitskraft eingebüßt haben, Greise und Invaliden, erhalten zu können. Der Lohn reicht in den meisten Fällen nicht entfernt dazu aus.

Sind nun Einrichtungen getroffen, welche den Ausfall an Lohn ersetzen können? Vergeblich blicken wir uns danach um. Keine Einrichtung tritt in Thätigkeit, wenn der Arbeiter mit seinem Lohn nicht die ganze Familie ernähren kann. In letzter Zeit ist allerdings eine Einrichtung getroffen, welche gewissermaßen der moralischen Verpflichtung der Gesellschaft entsprechen sollte, die „große“ Sozialreform des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes. Hier hatte ja der Staat die Absicht, dafür zu sorgen, daß die Veteranen der Arbeit noch existiren können; aber ein Blick auf die Höhe der Rente, welche diesen Invaliden und Veteranen gezahlt wird, lehrt uns zugleich die völlige Unzulänglichkeit dieser Einrichtung kennen.

Woher kommt es denn, daß die Löhne so gering, so unzureichend sind? Einfach daher, daß der Unternehmer zwar der Repräsentant der Gesellschaft ist, insofern er uns unsere Arbeitskraft abnimmt, aber nicht insofern, daß er die Leistung der Gesellschaft, entsprechend der Verpflichtung derselben, uns gegenüber erfüllt; er ist in dieser Hinsicht nicht der Repräsentant der Gesellschaft, sondern nur seines Geldbeutels; er zahlt einfach den Lohn, den er unter den jeweiligen Verhältnissen zu zahlen gezwungen ist. Jeder Unternehmer weiß ja, wenn er eine Maschine in Dienst stellt, daß er erst Kapital daran zu geben hat, daß er die Maschine kaufen, sie richtig bedienen, den Dampfkessel mit Feuer und Wasser speisen muß; es ist ihm so klar, wie daß  $2 \times 2 = 4$  ist, daß, wenn er die Maschine nicht gehörig mit Dampf versorgt, er auch die vorausgesetzte Leistung nicht von ihr erwarten kann. Wie ganz verschieden aber sieht es mit dem Arbeitsmittel Mensch aus! Wenn